

## Nein zur Visapflicht für TürkInnen oder KurdInnen!

### GastarbeiterInnen und Flüchtlingen drohen weitere Verschärfungen

Während Sozial- und Innenministerium einige Erleichterungen für schon länger in Österreich lebende AusländerInnen und für anerkannte Flüchtlinge ankündigen und hochtrabend von Integrationspolitik faseln, wird gleichzeitig die möglichst wirksame Abdichtung der Grenzen gegen unerwünschte Neuankömmlinge geplant. Nur nach dem jeweiligen Bedarf der Wirtschaft

sollen künftig speziell qualifizierte oder besonders billige Arbeitskräfte, eventuell auch nur befristet, ins Land hereingelassen werden. Flüchtlinge sind nur erwünscht, wenn sie bald weiterreisen, wie jene aus der DDR, oder wenn sie, wie TouristInnen, ihren Unterhalt selbst finanzieren können<sup>1</sup>.

Fortsetzung Seite 2

### Außerdem:

**Amnesty-International-Bericht über Folter und Mißhandlungen in Österreich**

(Seite 4)

**1991: Volkszählung in Österreich**

Voraussichtlich am 24. oder 25. Jänner soll das Volkszählungsgesetz im Parlament beschlossen werden.

Spät aber doch rührt sich Widerstand dagegen.

(Seite 7)

**Neofaschismus in der DDR**

(Seite 19)

**Die Invasion der USA in Panama**

(Seite 22)

**u.v.a.**

Impressum Seite 28

## Noch ruhen die Bauarbeiten Murkraftwerks-Baustelle Fischening bei Zeltweg weiterhin besetzt



Die Besetzung der Baustelle für das Murkraftwerk Fischening bei Zeltweg dauert nach wie vor an. Seit dem 30. November konnten die Bauarbeiten erfolgreich verhindert werden. Doch nach einer weihnachtlichen Ruhepause ist nun wieder jederzeit mit dem Versuch zu rechnen, die Arbeiten wieder aufzunehmen. Derzeit wird seitens der STEWEAG (widerrechtlich übrigens) versucht, eine Hütte der BesetzerInnen abzureißen. Zahlreiches Mitbesetzen ist wieder überaus gefragt.

Fortsetzung Seite 3

# Nein zur Visapflicht für TürkInnen und KurdInnen

Fortsetzung von Seite 1

(Aktionskomitee gegen Abschiebungen)

Die Einführung einer Visa-Pflicht für TürkInnen steht unmittelbar bevor, heißt es aus dem Innenministerium. Noch vorigen April konnte sich Löschnak im Mittagsjournal derartiges »nicht vorstellen«.

Doch bereits seit Monaten fordern BRD-Politiker diese Maßnahme gegen TürkInnen (und auch gegen JugoslawInnen) von der österreichischen Regierung. Schlepperunwesen und Schwarzarbeit sollen damit bekämpft werden; Österreichs Annäherung an die »harmonisierte« Anti-Asylpolitik der EG erreicht werden. Um rechtsradikale Schönhubers und Le Pens in Sachen AusländerInnenfeindlichkeit und Rassismus zu übertreffen, greifen dort christliche und sozialdemokratische Politiker zu den ihnen geläufigen plumpen Polizei-»Lösungen«: Strenge Kontrollen statt Reisefreiheit im »Freien Westen«...

Seit etwa Mitte 1989 verdichten sich auch in Österreich die Medienberichte zu einer freilich hausgemachten ausländerInnenfeindlichen Hetzkampagne: Arbeitssuchende werden da wegen »illegalen« Grenzübertritt mit geldgierigen Schleppern gemeinsam zu Kriminellen erklärt, diese wieder in einen Topf geworfen mit »Terroristen« (zB PKK). Menschen, die vor politischer Unterdrückung oder wegen ihrer Nationalität, Rasse, Religion, ihres Geschlechts usw vor Verfolgungen fliehen müssen, sind nicht immer am Fehlen der Nasenspitze oder beider Ohren zu erkennen, sie können also ohne weiteres zu »Wirtschaftsflüchtlingen« erklärt werden und damit zu einem Teil einer angeblich schon »bedrohlichen Ausländer-Fluchtwelle«...

Jetzt zeigt sich der harte Kern dieser Berichterstattung: Bis Mitte 1990 soll eine Novelle zum Ausländerbeschäftigungsgesetz beschlossen werden. Visapflicht für BulgarInnen wurde vor kurzem eingeführt, offensichtlich gegen Flüchtlinge aus der türkischen Minderheit gerichtet. Jetzt kommt die Visapflicht gegen TürkInnen und KurdInnen. Damit in Zusammenhang stehen Sparmaßnahmen und Brutalitäten im Lager Traiskirchen:

## Abschreckungspolitik gegen türkische und kurdische Flüchtlinge.

Schon Ende Dezember 1989 wurde TürkInnen die Aufnahme ins Lager Traiskirchen verwehrt; nur KurdInnen würden noch aufgenommen, hieß es. Nach stundenlangem Warten erfuhren sie dann, sie hätten sich zuerst um private Unterkunft zu kümmern, dann könnten sie in Wien um Asyl ansuchen (Tannengasse). Seit 4. Jänner 1990 gibt es auch offiziell Aufnahmestop und für türkische und kurdische Flüchtlinge gibt es sogar »eingeschränktes Asyl«, d.h. nur bei Nachweis einer Unterkunft Annahme des Asylantrags, was frei-

lich schlicht gesetzeswidrig ist. Am 9. Jänner gab es dann im Lager plötzlich einen Aushang einer Liste von 150 oder mehr Namen, alle von türkischen und kurdischen Flüchtlingen, die bald erfuhren, sie seien aus der Bundesbetreuung entlassen, hätten das Lager zu verlassen und draußen auf den Abschluß ihres Asylverfahrens zu warten. Auf die Asylantragsbestätigung wurde ihnen ein »E« (=Entlassung) gestempelt; wer sich weigerte zu gehen, wurde mit Gewalt hinausgeworfen. Als die ersten Proteste und Standard-Journalisten eintrafen, wurde diese unmenschliche Behandlung unterbrochen und dann weitere Flüchtlingsgruppen mit Bussen auf verschiedene Pensionen verteilt, auch zwangsweise, was aber ein »normaler« Vorgang ohne Entlassung aus der Bundesbetreuung ist. 60 Personen waren zu diesem Zeitpunkt bereits vor die Tür gesetzt worden, ein Teil von ihnen übernachtete in einer Halle der evangelischen Kirche neben dem Lager. Am 11.1. protestierten schließlich ca 50 VertreterInnen vieler verschiedener Organisationen vor dem Innenministerium, wie es aussieht sogar mit Erfolg: Nach einigen Stunden gab es dann die telefonische Zusage, die Hinausgetretenen wieder ins Lager aufzunehmen. Die »eingeschränkte Asylpolitik« bleibt aber vorerst bestehen.

»Rigorose Methoden der "freundlichen" Abschreckung« lautete schon im August 1988 der Titel eines Artikels über das Ende der liberalen Flüchtlingspolitik Österreichs in der Schweizer »Weltwoche«. Inzwischen wurde die Freundlichkeit

auch noch gestrichen.

Bleibt noch zu erwähnen, daß die kurdischen Familien (193 Personen), die am 5. 12. 1989 nach Österreich kamen und erst in Hungerstreik treten mußten, um ihr Recht, Asylanträge zu stellen, durchzusetzen (siehe TATblatt minus 79), nicht von den obenbeschriebenen Schikanen betroffen waren. Die Erwachsenen wurden bereits alle vernommen, und zwar mit Hilfe des gleichen Türkisch-Dolmetschers, dessen feindliche Einstellung sich schon während des Hungerstreiks gezeigt hatte — Verleugnung und Unterdrückung der kurdischen Sprache und Kultur durch das türkische Regime wird also durch die Fremdenpolizei hier in Österreich fortgesetzt. Die Geduld dieser Flüchtlinge wird durch die lange Wartezeit und die quälende Ungewißheit, was ihre Zukunft betrifft, auf die Probe gestellt, doch besteht die Hoffnung, daß die breite öffentliche Solidarität, es gab ja am 20. Dezember noch eine ziemlich große und lautstarke Demo, sich positiv auswirkt. Die Verhältnisse im Lager sind weiterhin menschenunwürdig, aber es besteht keine Kontaktsperre für die 103 Flüchtlinge. Nach dem Spendenaufruf im letzten TATblatt sind insgesamt ziemlich genau S 1000,— auf unser Konto eingegangen. Dieser Betrag wurde Anfang dieser Woche persönlich übergeben.

(1) Vergleiche mit analogen Verschärfungen in der BRD und Schweiz sind aufschlußreich. Zur BRD siehe TATblatt minus 80, Seite 15.

## Keine Abschiebungen!

### Sofortiges Asyl für alle von faschistischen Regimen verfolgten!

*Viele Jahre lang blieb die systematische Diskriminierung der Flüchtlinge aus der sogenannten 3. Welt der Öffentlichkeit weitgehend verborgen. Rassistische Vorurteile und dementsprechendes Verhalten sind bei Polizisten, Dolmetschern, Beamten etc. fast die Regel; Menschenwürde und kulturelle Identität dieser Flüchtlinge werden verlacht und mit Füßen getreten. Rechtsbrüche wie Rückweisungen an der Grenze, Schubhaft und Strafen wegen "illegalen Grenzübertritts" (was bei Asylfällen straffrei bleiben muß), Abschiebungen, z.B. vom Flughafen Schwechat aus, sind an der Tagesordnung (oft aber schwer nachzuweisen). Visumpflicht bedeutet für Flüchtlinge, daß es fast unmöglich wird, ein Land zu betreten, in dem um Asyl angesucht werden könnte.*

*Erst seit Anfang 1988 begannen Kritik und Proteste zur Asylpolitik an Breite zu gewinnen. Die Zusammenarbeit von Gruppen mit sehr unterschiedlicher politischer Heimat begann, zum Teil mit Erfolg.*

*Jetzt ist aber offensichtlich eine Situation entstanden, in der eine drastische Demontage des Asylrechts droht — breiter Widerstand dagegen ist jetzt nötiger, als je zuvor!*

#### Einige Kurzinformationen:

- Der Flughafensozialdienst (durch viele Aktionen und eine Kampagne von Dezember 1987 bis April 1989 erkämpft) ist wieder in Gefahr: Löschnak ist seit Monaten nicht bereit, mit den Leuten zu reden. Die 3 Frauen, denen der Zutritt zum Transitraum gestattet worden war, mußten sich dieses Recht neuerlich erkämpfen, als Anfang des Jahres neue, größere Transiträumlichkeiten eröffnet wurden.
- Es gibt Gespräche darüber, wie Flüchtlingshilfegruppen auf Löschnaks öffentliche Zusage zurückkommen könnten, Gelder aus der Bundesbetreuung an sie, statt an die Pensionen zu vergeben.

# Kraftwerksbaustellenbesetzung in Fischening

Fortsetzung von Seite 1

(TATblatt-Wien)

Die BesetzerInnen sind seit Anfang Dezember wiederholt mitunter gewalttätigen Angriffen von Bauarbeitern und »unbekannten Tätern« ausgesetzt. Es kam wiederholt zu Handgreiflichkeiten, als Arbeiter die BesetzerInnen daran hindern wollten, die Bauarbeiten durch ihre bloße Anwesenheit vor oder auf Baugeräten zu verhindern. Ein LKW-Fahrer fuhr dabei mit seinem Lastler auf den Fuß eines Besetzers, und blieb dort gleich für die nächsten paar Minuten stehen. Der Besetzer konnte sich freilich nicht aus dieser Lage befreien und erlitt schwere Verletzungen. Später erklärte der Baggerfahrer trocken, daß er dem Besetzer das nächste Mal über



Ein LKW blieb minutenlang auf dem Fuß eines Demonstranten stehen

- Anfang Jänner wurde die "Plattform zur Unterstützung kurdischer Flüchtlinge in Österreich" gegründet, die sich vorläufig vor allem mit der Betreuung der 103 KurdInnen und mit Forderungen ans Ministerium in Bezug auf die katastrophalen Zustände im Lager Traiskirchen befaßt.
- Der Antiimperialistische Solidaritätsclub (KP-nahe) plant eine Diskussion zur Diskriminierung von Asylwerbern aus der 3. Welt: 26.1.90, 19 Uhr / Uni Wien, NIG, HS 1
- HKD (Volksskulturrein aus der Türkei): Veranstaltung zum AusländerInnenwahlrecht: 19.1.90, 17 30 Uhr / 12., Ruckergasse 40
- Das Aktionskomitee gegen Abschiebungen plant für Mitte März ein Koordinationsplenar zur Asylpolitik — Perspektiven langfristiger Solidaritätsarbeit + Widerstands

WelcheN diese Pläne nicht vom Stockerl reißen: Leider werden laufend empörende neue Tatsachen bekannt, die Anlaß zu wilderen Aktionen sein könnten!

den Kopf fahren möchte.

In der Nacht vom 16. auf den 17. Dezember wurde das Lager der BesetzerInnen plötzlich von einer Gruppe mehrerer, mit Strumpfmasken verummter Männer überfallen. Die Männer waren mit Holzprügel und Tränengasssprays bewaffnet, von denen sie auch eifrig gebraucht machten. Die BesetzerInnen leisteten keine aktive Gegenwehr.

Für den Fall, daß irgendwelche Leute durch den Wald zu flüchten versucht hätten, hatten die Angreifer einige Leute auf den vermeintlichen Fluchtwegen zurückgelassen, um die Flüchtenden dort aufzuhalten und fertigmachen. Die BesetzerInnen blieben aber fast durchwegs beisammen.

Einem Besetzer gelang es, mit einem Auto zum nächsten Gendarmerie-Posten zu fahren. Dort wurde er aber erst einmal hingehalten. Erst nach mehreren Minuten wurde ihm der Zutritt auf den Posten gewährt. Erst nach vielen blöden Bemerkungen, nahmen sie sein Anliegen zur Kenntnis. Erst nach mehr als einer dreiviertel Stunde kam die Gendarmerie schließlich auf die

Baustelle (der Besetzer hatte für den Hinweg nur fünf Minuten gebraucht). Von den Angreifern war zu diesem Zeitpunkt natürlich niemand mehr da.

Mehrere BesetzerInnen waren verletzt. Einer mußte mit vom Tränengas herührenden Augenverletzungen ins Spital gebracht werden. Von den Angreifern war es gelungen, ausgezeichnete Fotos zu machen, da das Blitzgerät des Fotoapparats die Wirkung der Strumpfmäke zunächst gemacht hat (siehe Fotos). Die Gendarmerie konnte damit freilich nichts anfangen und tappt seither konsequent im Dunkeln.

Die folgenden Tage waren von kurzzeitigen Auseinandersetzungen zwischen Bauarbeitern und BesetzerInnen bestimmt. Die Baufirma Haider begann, die Baugeräte abzutransportieren. Einer der Arbeiter nutzte abermals die Gelegenheit, mit seinem Auto mit Vollgas in eine Gruppe nur zuschauender BesetzerInnen zu fahren. Die meisten konnten beiseite springen. Ein Demonstrant wurde angefahren und leicht verletzt.

Über Weihnachten und Neujahr beruhigte sich die Lage ziemlich. Die Baufahrzeuge waren abtransportiert, die Beset-

zung aber dauerte — wengleich auch auf Sparflamme — an. Die Pause wurde unter anderem dazu genutzt, eine kleine Hütte aufzubauen. Klarerweise ohne behördliche Baugenehmigung — no na. Am 5. Jänner wurde behördlicherseits begonnen, mit dem Abriß der Hütte zu drohen. Am ganz frühen Morgen des 12. Janners begannen ca 30 Arbeiter der STEWEAG mit dem Versuch, diese Drohungen wahrzumachen; ungeachtet freilich der Tatsache, daß die BesetzerInnen noch in der Hütte geschlafen hatten.

Ein — Demolierungsbescheid wurde angeblich, aber wenn, dann sicherlich nur mündlich erlassen. Eine vorgesehene Berufungsfrist von 14 Tagen wurde keineswegs eingehalten. Zu guter Letzt ist die STEWEAG gar nicht berechtigt, die Hütte einzureissen, sondern nur die GrundeigentümerInnen. Grundeigentümerin ist allerdings die STEWEAG erst mit Fertigstellung des Kraftwerkbaus. Derzeit ist der Boden noch im Eigentum örtlicher Bauern/Bäuerinnen.

Bei Druckbeginn dieses TATblatts stand die Hütte noch. Die Gefahr neuerlicher Abrißversuche und einer Fortsetzung der Bauarbeiten nimmt aber gehörig zu. Es wäre also jetzt wieder ziemlich wichtig, daß viele Leute im Lager sind.

Neueste Informationen über den aktuellen Stand gibt es täglich bei der HTU-Telefonzeitung »ANNA« (»andere Nachrichten«) unter der Nummer (0222)58801-5801.

Außerdem gibt es Informationen beim Alternativerferat der BOKU (Universität für Bodenkultur) Telefon: (0222)34250-661 oder -686. Dort gibts auch Informationen über einen gelegentlich stattfindenden kostenlosen Bus-Pendeldienst Wien-Fischening.

Info-Nummer in Graz: ÖH an der TU: (0316)873-6102 und (0316)31490-20.

Am 18. Jänner findet in der Uni Graz (Universitätsplatz 6) eine Podiumsdiskussion über das KW Fischening und die Energiepolitik in Österreich statt. Teilnehmen werden Leute von STEWEAG, Land Steiermark, ÖGB, AK, Ökologieinstitut, Dokumentationsarchiv für Artenschutz, Bürgerinitiative Zeltweg, Institut für Volkswirtschaftslehre an der Uni Graz.

Einer der Angreifer auf das BesetzerInnencamp



# Amnesty-Bericht: Folter und Mißhandlung in Österreich

Seit dem 9. Jänner erschüttert ein neuer amnesty international-Bericht Österreich: In **unserem** Land soll von der Exekutive gefoltert und mißhandelt werden! Da kann es sich nur um einen Irrtum handeln, wie die betroffenen Politiker sich gleich festzustellen beeilten. Es gäbe wohl einzelne, bedauerliche Fälle von Übergriffen, doch daß derartige Behandlungen an der Tagesordnung in Österreichs Wachstuben oder der Sicherheitsdirektion stünden, sei sicherlich nicht der Fall, war sinngemäß zu hören. Amnesty international hat seit Dezember 1984 Berichte über 128 Vorfälle von Mißhandlungen erhalten, wieviele Übergriffe es wirklich gegeben hat, wird ungeklärt bleiben.

(amnesty international, TATblatt-Wien)

Es ist in Österreich verboten, Häftlinge zu foltern oder zu mißhandeln. Bereits im 18. Jahrhundert wurde die Folter als Mittel zur Aussagenerlangung abgeschafft. Seitdem hat Österreich eine Reihe verfassungsrechtlicher und gesetzgeberischer Maßnahmen zur Ächtung von Folter und Mißhandlung getroffen, unter anderem durch die Ratifizierung der "Europäischen Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten" und des "Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame,

unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe" ("Anti-Folter-Konvention"). Darüberhinaus ist Österreich Vertragsstaat der "Europäischen Konventionen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe."

## DIE BESTIMMUNGEN DER ANTI-FOLTER-KONVENTION ...

Die Anti-Folter-Konvention definiert den Begriff der "Folter" als "jede Handlung, durch die einer Person vorsätzlich große

*körperliche oder seelische Schmerzen oder Leiden zugefügt werden, zB, um von ihr oder einem Dritten eine Aussage oder ein Geständnis zu erlangen, um sie für eine tatsächliche oder mutmaßlich von ihr oder einem Dritten begangene Tat zu bestrafen oder um sie oder einen Dritten einzuschüchtern oder zu nötigen, oder aus einem anderen, auf irgendeiner Art von Diskriminierung beruhenden Grund, wenn diese Schmerzen oder Leiden von einem Angehörigen des Öffentlichen Dienstes oder einer anderen, in amtlicher Eigenschaft handelnden Person, auf deren Veranlassung oder mit deren ausdrücklichem oder stillschweigendem Einverständnis verursacht werden. Der Ausdruck umfaßt nicht Schmerzen oder Leiden, die sich lediglich aus gesetzlich zulässigen Sanktionen ergeben, dazugehören oder damit verbunden sind."*

## ...NICHT EINGEHALTEN...

Seit Verabschiedung der Anti-Folter-Konvention durch die Vereinten Nationen wandten sich 201 von Mißhandlungen betroffene ÖsterreicherInnen an amnesty international, doch eine weit größere Zahl erstattete Strafanzeige oder reichte Beschwerde beim Innenministerium ein.

## ...ZB BEI BESCHWERDEMÖGLICHKEITEN ÜBER MIßHANDLUNGEN

AI stellt fest, daß keiner der 3 Beschwerdewege, die den Betroffenen offen stehen, um Mißhandlungen durch die Polizei geltend zu machen (Strafanzeige bei Staatsanwaltschaft oder Polizei, Beschwerde an das Innenministerium, Anrufung des Verfassungsgerichtshofs) die Bestimmungen der Anti-Folter-Konvention erfüllt:

## BEWEISLAST BEIM OPFER

Erstatten die Betroffenen **Strafanzeige**, so liegen die Ermittlungen dazu in den Händen der Polizei. Der Staatsanwalt selbst nimmt keine Beweiserhebung vor.

### Zum Beispiel:

### Wilhelm S.

Wilhelm S. wurde in der Nacht des 30. September 1988 zwischen 2.45 und 3.00 Uhr festgenommen, als er mit dem Motorrad unterwegs war. Nach Angaben der Polizei hat er ein rotes Signal mißachtet, mit dem ihn die Polizei zum Anhalten aufgefordert hatte. Wilhelm S. suchte, dem ihm folgenden Polizeiwagen zu entkommen, hielt jedoch an, nachdem er glaubte, zwei oder drei Schüsse gehört zu haben. Daraufhin stiegen zwei Polizeibeamte aus dem Wagen und traten an Wilhelm S. heran. Die Polizei bestreitet, daß Schüsse abgegeben worden seien.

Wilhelm S. gibt an, zur Durchsuchung habe er sich an den Polizeiwagen stellen müssen. Seine Hände seien mit Handschellen hinterdem Rücken gefesselt worden und die beiden Polizisten, die rechts und links von ihm standen, hätten ihm zehn Minuten lang Faustschläge auf den Oberkörper, ins Gesicht und auf den Kopf versetzt, ihn getreten und an den Haaren gezerrt. Seine Nase habe daraufhin heftig zu bluten begonnen.

Anschließend, — so Wilhelm S. — hätten die Polizeibeamten ihn zum Gendarmeposten in Gratkorn gebracht, wo die für seine Festnahme verantwortlichen Beamten ihm gedroht hätten, ihn wegen Aufbrechens von Autos zu beschuldigen, falls er sich beschwere, geschlagen worden zu sein. Nachdem bei einer Haussuchung in seinem Zimmer Dokumente aus dem Besitz anderer Personen gefunden worden waren, wurde er um 6.00 Uhr morgens freigelassen. Um 12.00 Uhr wurde Wilhelm S. in der Hals-Nasen-Ohren-Klinik der Universität Graz ärztlich untersucht und ein Bruch des Nasenbeins, sowie eine schwere Quetschwunde am rechten unteren Augenlid diagnostiziert. Die Klinik erstattete daraufhin bei der Staatsanwaltschaft Graz Strafanzeige.

Die Polizeibeamten erklärten, Wilhelm S. habe sich die Verletzungen bei einem Sturz von seinem Motorrad zugezogen.

Am 28. Oktober wurde Wilhelm S. von der Polizei im Zusammenhang mit der von der HNO-Klinik erstatteten Anzeige verhört. Die Grazer Staatsanwaltschaft legte die Strafanzeige zurück und stellte Wilhelm S. auf der Grundlage der von ihm erhobenen Mißhandlungsvorwürfe nach § 297 StGB wegen Verleumdung der zwei Polizisten unter Anklage.

Am 4. Dezember 1989 wurde Wilhelm S. vom Landesgericht Graz von der Anklage der Verleumdung freigesprochen.

Das Opfer muß nicht nur Nachweisen, daß es von der Polizei mißhandelt wurde, sondern auch beweisen, *welcher* Beamte die Mißhandlungen begangen hat. Da die einzigen Augenzeugen meist andere Polizeibeamte sind, erweist sich dies als außerordentlich schwierig. In vielen Fällen wird sogar behauptet, das Opfer habe sich die Verletzungen selbst zugefügt.

Es ist Aufgabe der *Gerichte*, über Anzeigen wegen Mißhandlungen zu entscheiden. Es hat jedoch den Anschein, daß mangels an Beweisen die wenigsten Fälle überhaupt vor Gericht kommen. Wer den Vorwurf erhebt, bestimmte Polizeibeamte hätten sich strafbare Handlungen (wie es Mißhandlungen sind) zuschulden kommen lassen, riskiert mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Gegenanzeige wegen *Verleumdung*. Tatsächlich wurde im Zeitraum von 1986 bis 1988 gegen 45% derjenigen Personen, die Strafanzeige wegen "unzulässiger Gewaltanwendung" (anscheinend kennt die österreichische Rechtssprechung auch "zulässige" Gewaltanwendung im Zusammenhang mit Ermittlungen ?!) erstattet hatten, strafrechtliche Schritte eingeleitet. Umgekehrt hat von diesen 442<sup>1)</sup> Anzeigen wegen "unzulässiger Gewaltanwendung" nur eine zur Verurteilung des straffälligen Beamten geführt.

Wer *Beschwerde beim "Bürgerdienst" des Innenministeriums* führt, muß mit den selben Nachteilen rechnen, wie bei der Strafanzeige. De facto ist dies vielen Opfern nicht bewußt, das heißt, sie riskieren unwissentlich eine Gegenanzeige wegen Verleumdung. Zwischen 1986 und 1988 sind 844<sup>1)</sup> Beschwerden beim Innenministerium eingegangen, 8 Polizeibeamte wurden verurteilt, 3 mit anderen Aufgaben betraut.

Bei einer *Beschwerde an den Verfassungsgerichtshof (VfGH)* muß kein *bestimmter* Beamte identifiziert werden, sondern die Polizei als Institution kann wegen Verletzung des Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention belangt werden. Üblicherweise muß der/die Beschwerdeführende durch eineN RechtsanwältIn vertreten sein. Wird die Beschwerde zurückgewiesen, muß die betroffene Person mit einem zu zahlenden Betrag von *mindestens* 30.000 ÖS rechnen.

Eine Änderung zum Bundesverfassungsgesetz soll uns ab 1. Jänner 1991 "*Verwaltungssenate*" in jedem Bundesland beschicken. Die Vorgangsweise bei einer Beschwerde dort dürfte ähnlich der im VfGH sein. Mit dem zusätzlichen Nachteil allerdings, daß die Beschwerde innerhalb von 2 Wochen eingereicht werden muß. Oft ist es den Opfern infolge des Mißhandlungsschocks schon jetzt nicht möglich, die derzeitige Frist von 6 Wochen einzuhalten.

#### EINSCHÜCHTERUNG DER OPFER

Die Tatsache, daß gegen einen hohen Prozentsatz der BeschwerdeführerInnen Gegenanzeige erhoben wird, könnte, wenn dies regelmäßig geschieht, laut ai, "Einschüchterung" bedeuten und damit gegen

Artikel 13 der Anti-Folter-Konvention verstoßen.

#### NUR SCHEINBARE VERBESSERUNGEN

Seit 1. Juli 1988 hat jedeR Festgenommene das Recht, während der ersten 48 Stunden eineN AngehörigeN, RechtsanwältIn oder eine andere Person seines/ihrer Vertrauens von der Festnahme in Kenntnis zu setzen. Bei Verwaltungsübertretungen darf er/sie auch von einer der genannten Personen Besuch empfangen. Des weiteren haben nicht deutsch sprechende Personen das Recht, in ihrer eigenen Sprache über die Gründe der Festnahme informiert zu werden. Jugendliche können verlangen, daß eine dritte Person zur Befragung hinzugezogen wird. Durch eine Unterschrift auf einem entsprechenden Formblatt können sie jedoch auf dieses Recht verzichten. Gerade diese Bestimmung zeigt, daß auch diese Rechte nicht vor Mißhandlungen schützen können. Wenn Geständnisse oä durch Folter erzwungen werden, werden Unterschriften auf Papieren, die einen Verzicht auf diese Rechte darstellen, wohl häufig auf die gleiche Art und Weise entstehen.

#### DIE METHODEN DES WIENER SICHERHEITSBÜROS

Die Berichte über Folterungen und Mißhandlungen im Wiener Sicherheitsbüro zeigen besonders "professionelle" Methoden spurloser "Behandlung". Dazu gehören das Verursachen von Erstickenanfällen, indem der Kopf des Opfers unter Wasser gedrückt wird oder ein Plastiksack über den Kopf gezogen wird.

Im Fall von Walter J. wurde das Opfer *sieben* mal bewußtlos, bevor es schließlich doch "gestand". Erst dann wurde der Plastiksack entfernt. Als er sich dann weigerte, das "Geständnis" zu unterschreiben, wurde er derselben Prozedur noch einmal unterworfen, bis er schließlich unterschrieb.

Die Anwendung von Elektroschocks dürfte im Sicherheitsbüro, neben Schlägen und Fußtritten, ebenso zu den "erfolgreichen" Verhörmethoden gehören.

#### ERZWUNGENE GESTÄNDNISSE RECHTSKRÄFTIG

Die Gerichte haben nur über die Glaubwürdigkeit, nicht aber über die Zulässigkeit des Beweismaterials zu entscheiden. In den österreichischen Rechtsvorschriften ist nicht ausdrücklich ausgeschlossen, daß unter Zwang erhaltene Beweise vor Gericht präsentiert werden können.

#### POLIZISTEN GLAUBWÜRDIGER?

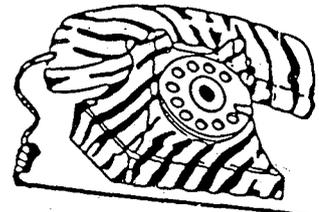
Im Fall von Walter J., der 4 Zeugen nannte, die ebenfalls im Sicherheitsbüro mißhandelt worden waren, sieht das so aus:

Das Gericht urteilte, "daß bis auf einen der vernommenen Häftlinge diese zugaben, daß ihre angeblich durch Mißhandlungen zustande gekommenen Geständnisse durchaus der Wahrheit entsprochen hätten....Daher können diese Aussagen zur konkreten Behauptung des J., er sei gefoltert worden, nichts erbringen." Bei der Prüfung der Frage, *ob* Mißhandlungen stattgefunden haben, schenkt das Gericht hauptsächlich den Aussagen der Polizeibeamten Glauben (was für viele von uns nichts Neues sein wird).

Zur Verbesserung der Situation schlägt amnesty ua vor, daß Geständnisse, die möglicherweise unter Anwendung von Mißhandlungen erzielt worden sind, vor Gericht so lange nicht berücksichtigt werden sollen, bis der Staatsanwalt beweisen kann, daß keine Mißhandlung stattgefunden hat.

#### Fußnote:

1) Diese Zahl bezieht sich auf die Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage durch den Innenminister, da es in Österreich keine offiziellen Statistiken über Strafanzeigen wegen polizeilicher Mißhandlungen oder deren Ergebnisse gibt.



**NOTRUF & BERATUNG  
FÜR  
VERGEWALTIGTE FRAUEN**

Unsere **NEUE** Nummer:  
**(0222) 93 22 22**

#### **SPENDENAUFRAF!**

Der Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen ist vom Zusperrern bedroht.

Wir benötigen *dringend* finanzielle Unterstützung.

Bitte spendet auf das Konto der Zentralsparkasse Nr. 407 015 403.

**Danke!**

## Linz: Ungeborene für Geborene

Am 28.12.1989 wurde ein Schweigemarsch durch die Linzer Innenstadt von AbtreibungsgegnerInnen angekündigt. Spontan gründete sich eine "Frauenaktionseinheit" aus dem ganzen linken Spektrum, die einige Gegenstrategien ausarbeitete.

(TATblatt-Linz)

Unter den Forderungen fanden sich u.a. Folgende: Recht auf kostenlosen und anonymen Schwangerschaftsabbruch, die kostenlose Abgabe von Empfängnisverhütung, Gleichstellung aller partnerschaftlichen Beziehungen und eine fortschrittliche Sexualpädagogik, u.v.a.

Ein aktueller Hintergrund war Erzbischof Eder, der sich mit eindeutigen Aussagen profilierte. Er verglich Homosexualität mit Trunksucht und sprach sich gegen Abtreibung nach Vergewaltigung aus.

Er fand Anerkennung bei Teilen der Kirche und in diversen konservativen Kreisen, denen in ihrer göttlichen Allwissenheit auch bekannt sein dürfte, daß jährlich 200.000 Frauen an Folgen illegaler Abtreibung sterben (d.h. alle drei Minuten).

In der Nacht vor der Demo schmückten einige AnarchistInnen mit eigens produzierten Plakaten Linzer Hauswände. Leider wurde die Aktion verfrüht durch eine Verfolgungsjagd auf die RevolutionärInnen beendet; letztendlich liefen zwei unserer Freund\*innen und Helfer den Ordnungshütern geradewegs in die Arme.

Unweit dieser Ereignisse wurde in der selben Nacht der neue Dom von Unbekannten mit Farbe verziert.

Der Schweigemarsch bestand aus 200 Stück Altkatholern (vereinzelt auch jüngere Exemplare), Burschenschaftlern und ähnlich gesinnten. Diese wurde nach 3,5 Gehminuten von einem grellen Pfeifkonzert empfangen. Die Frauenaktionseinheit (ca. 200 Menschen) hatte sich gesammelt. Die Schweigenden wurden kurzfristig blockiert — bis die Polizei eingriff und den Weg freimachte. Sie entfernten auch die Spitze des Zuges. Diese hielt ein Plakat mit der Aufschrift "Wär der Papst nicht impotent, wär die Abtreibung ein Sakrament". Einige aufrechte Jungen, die ein Transparent des heimatreuen Jugendverbandes trugen, wurden mit faulen Eiern beschossen.

Nach einer endgültigen Selektierung durch die Staatsgewalt zogen die Eizellen- und Spermaanbeter unbegleitet durch eine enge Seitenstraße zum neuen Dom. Dort wollten sie ein Gebet verrichten. Es war jedoch von kurzer Dauer, denn aus unerklärlichen Gründen stank es entsetzlich in dem Herrscherhaus. So kehrten sie zur Karmelitenkirche auf der Landstraße zurück, wo sie von der Gegendemo erwartet und mit Pfiffen und Parolen empfangen wurden. Nach kurzen Chaos standen die Guten unter der Bewachung von ca. 30 spallierstehenden Uniformierten gegenüber den bösen Areligiösen auf der anderen Straßenseite. Inzwischen hatte

sich die Zahl der Gottesfürchtigen ca. um die Hälfte verringert, doch auch die Gegendemo wurde im weiteren Verlauf immer kleiner: der Klassenkampf wurde auf das wärmere Schuhwerk reduziert.

Schließlich begannen die (bis dahin; Einf.v.Tipp.)schweigenden Frommen Kirchenlieder zu singen, was trotz Schrei- und Pfeiffverbot durch die Polizei mit eben diesem beantwortet wurde. Die Festnahmen einiger unverbesserlich Lärmenden, vorwiegend Anarchos, konnte durch Kettenbildung verhindert werden. Der entscheidende Grund dürfte aber gewesen sein, daß sich die grünen Männer (damit ist wohl die Polizei gemeint; Anm.d.Tipp.) auf der größten Einkaufsstraße von Linz nicht hart durchgreifen wagten. Weniger zimperlich waren sie allerdings bei einzeln durchgeführten körperlichen Zuneigungsbeweisen. Weiters fotografierte ausgiebig

ein ziemlich ein Pfaffe einer ultrarechten, angeblich dem Opus-Dei nahestehenden, Gegenkirchenzeitung die GegendemonstrantInnen unter der Patenschaft der Verfassungsschützer.

Um 18.00 Uhr (nach ca. 2 Stunden) löste sich der Pulk der AbtreibungsgegnerInnen auf, die Gegendemo feierte den moralischen Sieg. Es war ein eindrucksvoller Beweis dafür, daß sich eine breite Arbeitsgemeinschaft in kurzer Zeit bilden konnte, die trotz unterschiedlicher Aktionsauffassung gut zusammenhielt.

Es wäre zu hoffen, daß sich diese Solidarität auch bei Gegenaktionen zum heurigen Gedenkjahr des 500. "Geburtstages" der Stadt Linz beweisen würde. Bei den Feiern, die sich über das ganze Jahr erstrecken, hoffen wir eine eigene Interpretation zu dem Werbeslogan "Linz — eine Stadt lebt auf" liefern zu können.

Graz:

## Demo gegen Weihnachten?

Es ist wieder soweit, es weihnachtet sehr, die Dekorateure arbeiten schwer, große Kinderaugen gaffen verzückt auf die neuesten Spielzeugwaffen... (Constantin Wecker).

(TATblatt Graz)

Eingangs zitierter Text fand sich auf einem Flug, das am 16.12.89 bei einer Demo gegen Weihnachten in der Grazer FußgängerInnenzone verteilt wurde. An die dreißig DemonstrantInnen zogen mit Transparenten und Megaphonen durch die Innenstadt und boten eine willkommene Abwechslung zur einkaufenden Masse.

In die grundsätzliche Kritik an Weihnachten mischten sich auch andere aktuelle Themen wie die Forderung nach einem Bauverbot für das STEWEAG-Kraftwerk Fischening, oder Hinweise auf sozial benachteiligte in unserer Gesellschaft.

Viele derer, die im Weihnachtsstreß den Geschenken nachjagten ließen sich in den Bann der Demo ziehen, verfielen aber bald wieder in die gewohnte Konsumhaltung. Zuschauen und abwarten was passiert war die einzige Reaktion, zur der die

meisten fähig waren. Abgesehen von denen natürlich, die DemonstrantInnen als "drecksiges Gesindel" oder "Kommunisten" beschimpften.

Eine gewöhnliche Demo also, zu einem etwas ungewöhnlichen Anlaß. Für dieses



mal konnte Weihnachten zwar nicht — wie angedroht — verhindert werden, aber nächstes mal, wer weiß?

# Nicht zu (er)fassen

## 1991: Volkszählung in Österreich

Am 24. Jänner '90 wird das Volkszählungsgesetz im Parlament verabschiedet.

Es wird wieder gezählt im Land. Und wenn sie sagen »zählen«, dann meinen sie auch zählen, bloß halt nur am Rande. Denn zum bloßen Zählen bedürfte es nicht eines ganzen Stapels datentriefender Fragebögen für jede einzelne Person. Das was sie nachher alles über uns wissen, kann uns ruhigen Gewissens die Sorge um den berüchtigten »Datenmißbrauch« schmälern. Der bloße »Gebrauch« sollte genügen, uns das Fürchten zu lehren.

Noch aber ist nicht aller Tage Abend (vielleicht). Fest steht: Stattfinden sollen tut die Volkszählung im Jahre 1991. Eine erste Probezählung in 15 Gemeinden und Bezirken fand im Frühjahr 1989 statt. Das Volkszählungsgesetz wird voraussichtlich am 24. Jänner 1990 beschlossen.

*"Ich zähle täglich meine Sorgen,  
denn ich sorg mich sehr,  
wenn du denkst, ich sorg mich nicht,  
sorg ich mich umso mehr!"*  
(Peter Alexander)

(TATblatt-Wien; Quellenangaben am Schluß des Artikels)

### VOLKSZÄHLUNG IN ÖSTERREICH

Nach außen hin dient die Volkszählung in erster Linie zur Feststellung des Finanzausgleiches zwischen Bund, Ländern und Gemeinden sowie zur Neubewertung der Machtverhältnisse in National- und Bundesrat. Dementsprechend betraf der einzige größere Wickel nach der letzten Volkszählung, 1981, die Beschwerde der Gemeinde Wien, die den Eindruck hatte, benachteiligt zu werden, weil sich wahrscheinlich nicht unwesentlich viele Wiene-



zumahlen, wie anhand statistischer Auswertungen der Volkszählung »nachgewiesen werden kann, daß aufgrund des Auftretens bestimmter Daten im Datenhaushalt einer Person, es sich hiebei eindeutig um eineN potentielleN VerbrecherIn, AufwiegerIn oder ähnliches handelt.

Wissen ist Macht, wie sogar der Volksmund zu sagen weiß.

Nicht nur, daß anhand von Volkszählungs-Antworten etwaige an anderer Stelle gemachte Falschangaben (etwa auf Beihilfeanträgen, Steuererklärungen,...) entlarvt werden können. Nicht nur, daß die Volkszählung komplexe Daten-Zusammenhänge liefert, die bei Auftreten auch nur eines oder einiger weniger Merkmale schon mehr oder weniger eindeutig auf eine ganz bestimmte Person rückschließen lassen. Nicht nur, daß bei der Volkszählung

### Karikatur aus der VoBo-Bewegung in der BRD



rInnen an ihren Zweitwohnsitzen in Niederösterreich haben zählen lassen. Dies bedeutete für Wien einen millionenschweren Verlust.

Es bedarf aber nicht viel Fantasie, sich vorzustellen, daß bei der Erhebung derartiger Datenberge, wie es bei jeder der alle 10 Jahre abgehaltenen Volkszählungen der Fall ist, viel mehr dahintersteckt.

Fragen gestellt werden, die nicht nur indiskret sind und eigentlich niemanden etwas angehen, sondern die auch den verschiedenen Behörden ermöglichen, vom Auftreten eines Merkmals auf das Vorhandensein einiger anderer zu schließen, die vielleicht geheim gehalten worden sein können...

Es braucht nicht viel Fantasie, sich aus-

aus »aSOZIALeDATEN« herausgegeben von der ARGE DATEN:

*Nach zwei Morden im Jahre 1989 in einer Wiener Neubausiedlung konnte auch nach Wochen und Monaten kein Täter ausgeforscht werden(...) In einem aufsehenerregenden Amtshilfeverfahren verlangte die Polizei von der MA12 (Sozialamt) die Daten aller männlichen, gefährlichen Sozialhilfeempfänger aus der Umgebung des Verbrechens. Die MA12 erfüllte dieses Amtshilfebegehren. Aufgefallen ist diese Aktion nur, weil diese Daten noch nicht EDV-mäßig verarbeitet wurden und von den Beamten aus den Akten herausgeschrieben werden mußten. (...) Welche Beweggründe könnte die Polizei zu einem solche Begehren veranlaßt haben? Vielleicht war es die etwas verworrene Überlegung: Sozialhilfeempfänger = Asoziale, Asoziale = Abartige, Abartige = Triebverbrecher. Vielleicht auch jene Argumentationslinie: Wer Sozialhilfe bezieht, ist zu faul zum Arbeiten. Wer nicht arbeitet, hat viel Zeit. Wer viel Zeit hat, begeht manchmal einen Mord. Vielleicht war es noch banaler: Besser gegen irgend jemanden ermitteln, als zugeben zu müssen, keine Hinweise auf den Mörder zu haben... Kottan schau oba, oder steckt da vielleicht mehr drinnen?*

Auch eine »Umfassende Landesverteidigung«, die ja die Einbindung aller Staatsbürger und StaatsbürgerInnen und derer Hab und Gut (zB Autos) anstrebt, muß auf eine gewissen Datenfülle zurückgreifen können.

Es bedarf also nicht viel Fantasie,.. mit den richtigen Daten laßt sich praktisch alles anfangen.

Wir wollen da nicht näher auf die verschiedenen Möglichkeiten eingehen, sondern verweisen lieber auf einen Materialien-Reader zum Thema Volkszählung, der voraussichtlich Mitte Feber erscheinen

wird, mehr dazu in den Anmerkungen gegen Ende des Artikels.

### ANONYM

Die Volkszählung verleitet ganz geschickt zu der Annahme, daß die Fragebögen vollends anonymisiert sind, was zur vertrauensseligeren Beantwortung verleitet. Doch auch wenn 1981 vielleicht weder Name noch Adresse am Bogen angegeben werden müssen, ist es dennoch ein Leichtes, eine Person anhand ihrer Antworten zu re-identifizieren. Die Verknüpfung von Daten mit anderen Datenbeständen (etwa Melderegister) machts möglich.

aus »AKTION FEIGENBLATT«, herausgegeben von der ARGE DATEN:  
 Eine durch Brunnstein in Hamburg durchgeführte Untersuchung zur BRD-Volkszählung hat ergeben, daß ein großer Teil der Gezählten durch Vergleiche mit anderen Datenbeständen der öffentlichen Verwaltung reidentifiziert werden kann.  
 Es ist mit geringem Aufwand an Personal, Zeit und Geld möglich, aus den Daten der Volkszählung 1987 auf praktisch jede einzelne Person zurückzugreifen.  
**Aus dem Brunnsteinschen Experiment:**  
 \*Anhand der Kombination von nur drei Merkmalen (Alter, Geschlecht und Beruf) können bereits 5% der Bevölkerung eindeutig identifiziert werden.  
 \*Mit wenigen weiteren Merkmalen (Schul- und Ausbildungsabschlüsse, Wirtschaftszweig) lassen sich weitere 50% der erwerbstätigen Bevölkerung identifizieren  
 \*Nur etwa 10% der Bevölkerung lassen sich nicht anhand der gespeicherten Merkmale identifizieren. Diese können jedoch zumeist über wenige Merkmale von MitbewohnerInnen des gleichen Haushaltes identifiziert werden.  
 \*Schwierigkeiten bei der Identifikation ergaben sich praktisch nur bei allein lebenden, nicht erwerbstätigen Personen, etwa über 65jährigen Witwen. In diesen Fällen kann eine Reidentifikation nur über die BewohnerInnen des gleichen Wohnblocks erfolgen. Nur in diesen Fällen wäre die Kenntnis der Blockadresse erforderlich.  
 Wesentliche Merkmale der Volkszählung, die eine Identifizierung noch erleichtern (etwa Adresse des Arbeitgebers), wurden bei diesen Experimenten nicht einmal benutzt.

### ANDERSWO — zB: BRD

Als 1987 die BRD & Westberlin ihre ZählerInnen ausschickte, fanden sich diese unversehens mit einer breiten Front von Ablehnung und Widerstand, oder zumindestens der Skepsis und Kritik konfrontiert. Der *Volkszählungs-Boycott-Bewegung*, kurz: *VoBo* war es gelungen, ganz vielen Leuten die Problematik bewußt und ihre individuelle Betroffenheit begreifbar zu machen. Und das Erfahren der eigenen Betroffenheit war nicht erst selten das Sprungbrett zum Begreifen der größeren Zusammenhänge, oder zumindestens — für den Anfang — des Erähnens derselben.

Den allgemeinen Blick auf noch komplexere Zusammenhänge freizulegen — etwa in Hinblick auf die damals dort eingeführten maschinenlesbaren Personalausweise — gelang den VoBo-Gruppen trotz anfänglicher (langsam aber im Streß vernachlässigter) Bemühungen nicht.

### Im Großen und Ganzen gab es zwei Formen des Volkszählungs-Boycotts:

#### 1.) der harte Boykott

Jegliche Auskünfte wurden verweigert. Die Bögen wurden gar nicht erst abgegeben, sondern in Boykott-Sammelstellen gebracht. Diese Widerstandsform war ziemlich spektakulär, aber auch von ganz beachtlicher Repression begleitet. Gewaltige Strafandrohungen und immer mehr rechtsgültige Verurteilungen brachten es mit sich, daß immer mehr BoykottneurInnen, derer es am Anfang durchaus vieler gab (auch wenn ich hier jetzt keine Zahlen weiß, leider), abbröckelten. Heute sind zwar immer noch einige Bögen ausständig, doch statistisch fällt ihr Fehlen nicht mehr allzusehr ins Gewicht, und von den BoykottneurInnen hat Papa Staat auf die Tour ohnehin auch alles erfahren, was ihn interessieren könnte.

#### 2.) der weiche Boykott

Diese Widerstandsform beinhaltet die falsche und irreführende Beantwortung der Fragen. Dadurch konnte Repression weitgehend vermieden werden (ACHTUNG: Dabei kann es mehr als nur nützlich sein, konsequent alle Fragen falsch zu beantworten, da andernfalls anhand richtig beantworteter Fragen eine Reidentifizierung und unter Umständen eine Bestrafung folgen kann.)

Diese Widerstandsform wurde von den meisten VoBo-Gruppen deswegen nicht forciert, weil sie vom Staat zu leicht totzuschweigen gewesen wäre.

Der weiche Boykott war aber eine Widerstandsform, die auch von nicht-widerstandserfahrenen Personen, die oft nicht unberechtigter Weise jeglichem Widerstandsakt mit verschiedensten Ängsten entgegensehen, praktiziert werden. Dadurch erreichte der weiche Boykott eine ungeahnte Breite, die weder von den VoBo-Gruppen, noch vom Staat in seinem ganzen Ausmaß erfaßbar war und ist. Fest steht, daß den Fragebögen nicht so richtig vertraut werden kann, ob sie eigentlich richtig beantwortet sind, oder ob es sich um einen weichboykottierten handelt. Und so kam es, daß die Auswertung von einem unzulässig hohen statistischen Fehler überschattet wird, der die Auszählung in weiten Bereichen kaputt gemacht hat.

Zweifellos wäre der weiche Boykott ohne den, durch den harten Boykott entstandenen Rummel, niemals in solch weitverbreitetem Ausmaß praktiziert worden.

### ZURÜCK NACH HAUSE

Die österreichische Volkszählung ist bei weitem kein harmloser Abklatsch des großen Bruders aus dem Norden. Im Ge-

genteil: 1981 wurden im Österreich *mehr* Fragen erhoben als 1987 in der BRD oder in Westberlin. Trotzdem ging die Volkszählung hierorts ganz ohne Aufsehens über die Bühne (eine Ausnahme war nur Koroska/Kärnten, wo es Widerstand gegen die Erhebung der Umgangssprache gab). Die Ruhe, in der die Volkszählung '91 derzeit vorbereitet wird verspricht auch für nächstes Jahr nichts besseres.

### OBWOHL, EIGENTLICH UND ÜBERHAUPT

Wenn wir uns umschaun, müssen wir erkennen, daß die Volkszählung eigentlich eh nur ein kleiner Tropfen auf den triefend nassen Stein ist. Denn das, was schon heute bei den verschiedensten Ämtern an Daten gehortet wird, ist auch kein Dreck.

In Wien machen 120 gemeindeeigene Datenverwaltungen die Volkszählung eigentlich ohnehin entbehrlich. Die Datenverwaltung des Sozialministeriums ist auch nicht so unberührtigt (vgl. hierzu das Buch »aSOZIALeDATEN« von der ARGE DATEN). Das Innenministerium ist mit seinem *elektronischen kriminalpolizeilichen Informationssystem* (kurz: *EKIS*), das der Einfachheit halber vom Datenschutzgesetz gleich ausgenommen wurde, ohnehin führend in Europa, und und und...

### ALSO

Widerstand tut also einmal mehr Not. Um eine gewisse Grundlage für Anti-Volkszählungsarbeit zu bieten ist aber (na wer sagt's denn) im letzten Dezember eine neugebildete Volkszählungs-Arbeitsgruppe (mit Leuten von der *Initiative Informatikbetroffener — IIB*, der *ARGE DATEN*, der *HTU*, dem *TATblatt* und anderen) dargegangen eine Materialiensammlung zum Thema zusammenzustellen. Diese wird voraussichtlich ab Mitte Feber erhältlich sein (zu beziehen zum voraussichtlichen Preis von S 40,— oder so beim *TATblatt*). Dieser »Reader« wird bei Erscheinen noch näher im *TATblatt* vorgestellt werden. Das Thema Volkszählung wird im *TATblatt* in nächster Zeit öfter auftauchen. Unter anderem hoffen wir, über die Bildung mehrerer Anti-Volkszählungs-Gruppen im ganzen Österreich berichten zu können (etwaige Gruppen bitte mit uns Kontakt aufnehmen).

Kontaktadresse für die Volkszählungs-Arbeitsgruppe in Wien ist u.a. das *TATblatt-Wien*.

### Quellen:

\*Aktion Feigenblatt, Datenschutz auf österreichisch, herausgegeben von der ARGE DATEN; Wien 1988

\*aSOZIALeDATEN, Hg: ARGE DATEN; Wien 1989

(Bestelladresse für die beiden Bücher: ARGE DATEN; Wien 9, Liechtensteinstraße 94)

\*Materialien zum Forum "Wer soll uns verraten — unsere Daten" vom Juni 1988 in Westberlin

SERIE: HÄFEN IN ÖSTERREICH

# Die sonderliche Sonderanstalt

## Interview mit Anselm S., Kenner der Sonderstrafanstalt Favoriten

TEIL 2

(TATblatt-Wien)

*TATblatt: In der Favoritner Aussenstelle Münchendorf hat sich einmal eine Gefangenenhilfegruppe gebildet gehabt. Was ist aus der inzwischen geworden?*

Anselm: Die Gruppe ist von Gefangenen in Münchendorf initiiert worden, hat aber sehr wenig Echo bekommen. Die Leute sitzen dort draußen und können nicht telefonieren und nichts sind, soweit ich es mitbekommen habe, schon enttäuscht über die wenigen Reaktionen. Innerhalb der Anstalt haben schon einige Leute Interesse gezeigt, aber das Umsetzen ist relativ schwierig, weil die Leute zum Teil noch sitzen. Die Idee war, einen Vergleich mit der Situation in anderen Ländern zu bekommen, an Reformen mit der Perspektive "gefängnisfreie Gesellschaft" zu arbeiten, einen Besuchsdienst zu organisieren, für Leute, die das wollen usw. Viele, von den Leuten, die das interessiert, sind gar nicht aus Wien. Daher ist es sehr schwierig, etwas kontinuierliches aufzubauen. Man/frau braucht eine ständige Anlaufstelle usw. Da muß noch mit anderen

Leuten gesprochen werden, wie mit euch zum Beispiel.

*Favoriten scheint also wirklich noch der angenehmste Häfen zu sein. Was muß man/frau machen, um nach Favoriten zu kommen?*

Frauen haben überhaupt keine Möglichkeit, für die gibt's in Österreich nur die Schwarzau. Männer kommen im Schnitt nach Favoriten, wenn sie die Hälfte der Strafe gemacht haben. Da kommst du zuerst auf die Geschlossene und das letzte Jahr rennt dann als "gelockerter Vollzug". Das heißt: 6 Monate Münchendorf, dann 3 Monate 1. Abteilung und 3 Monate Freigang. Üblicherweise kommt man nie sofort nach Favoriten, sondern zuerst nach Eisenstadt oder Stein, und kann dort dann Ansuchen beim Werdenich oder beim Ministerium um Überstellung. Leute, die unter 6 Monaten haben, können sofort — falls sie aufgenommen werden — in den offenen Vollzug kommen, bei 9 Monaten machst du zuerst 3 Monate Therapie auf der Geschlossenen und kommst dann auf die

Offene. Voraussetzung ist allerdings, daß du irgendein Drogen- oder Alkohol-Problem hast, das aber nicht unbedingt bei deiner Festnahme eine Rolle gespielt haben muß.

Im Schnitt kommst du nach Favoriten, wenn du noch 11/2 bis 2 Jahre hast. Oder du wirst auf das "Dritte!" eingeschätzt, das heißt, das damit gerechnet wird, daß dir ein Drittel deiner Strafe erlassen wird. Da kann es sein, daß du bei einem Strafausmaß von 18 Jahren "schon" nach 12 Jahren nach Favoriten kommst. Das liegt allerdings nur im Ermessen Werdenichs, gültiges Regulativ dafür gibt es keines. Daher kommt es auch darauf an, wie ihm die Leute zu Gesichte stehen.

Viele sagen, sie sind "gerne" in Favoriten, nämlich lieber als in Stein. Auf der anderen Seite ist der Druck mit den andauernden Harntests, mit den Therapeutenstreitereien so groß, daß einige, vor allem aus den westlichen Bundesländern, sagen: "Ich scheiß auf Favoriten, ich fahr' lieber nach Stein, mach' auf "unbeschäftigt" und konsumiere dort die Drogen, die ich will" — in Stein kriegst relativ leicht die Tabs (Tabletten, Anm.), damit die Leute ruhiggestellt sind. Manche lassen sich sogar von sich aus verschicken.

Ein großer Nachteil ist allerdings, daß Favoriten in Drittel-, Halbstrafenbilanz und bedingten Entlassungen an absolut letzter Stelle steht. 1988 haben 2 Leute Weihnachtsbegnadigung bekommen, das ist absoluter Minusrekord, "Dritte!" haben von der Geschlossenen in den letzten 12 Monaten überhaupt nur 3 bekommen. Das liegt daran, daß die TherapeutInnen bisher nie ein Attest geschrieben haben, was aber die Gerichte verlangen. Angeblich wurde das deshalb nie gemacht, um die Häftlinge nicht noch mehr von den TherapeutInnen abhängig zu machen. Was aber eine reine Schutzbehauptung ist, denn die Leute haben ohnehin geglaubt, daß es passiert. Es war also reine Faulheit. Jetzt ist die Praxis so, daß bei ca 50% der Gefangenen etwas geschrieben wird, die anderen geben sie auf und schreiben nur einen Satz: "Nimmt an der Arbeit/Therapie teil" und aus. Die haben natürlich keine Chance, von der Sonderanstalt wegzukommen.

**DAS SKANDALÖSESTE ÜBERHAUPT IST ABER, DASS IMMER WIEDER LEUTE ÜBER DAS STRAF-AUSMASS HINAUS ANGEHALTEN**

TATblatt

★

Redaktion  
Graz  
sucht:

MitarbeiterInnen

zum

- \* diskutieren
- \* schreiben
- \* verkaufen

Kontakt: siehe letzte Seite

**WERDEN. DAS IST EINE SPEZIALTÄT VON FAVORITEN.** Es gibt die sogenannte "Maßnahme", nach § 22. Das heißt, daß du als gefährlich eingeschätzt wirst und bis zu maximal 2 Jahren über das Strafen-de hinaus angehalten werden kannst. Da brauchst du ein Gutachten, um rauszukommen. Jetzt kommt es immer wieder vor, daß das entweder verzögert wird, oder aber der Gutachter stirbt, und dann sitzen die Leute über das Strafausmaß hinaus; wie jetzt zum Beispiel, da sitzt einer schon 2 Wochen zu lang. Absoluter Rekord war ein Alkoholiker, der hätte im Oktober frei gehen sollen und ist dann bis Juni gesessen. Das gibt's in anderen Häfen nicht.

#### Wieso heißt es Sonderanstalt Favoriten?

Sonderanstalt deshalb, weil es eine Mischung aus Knast und Psychiatrie ist und eben auch andere Standards betreffs Besuch- und Freizeitgestaltung hat. Einige TherapeutInnen legen auch Wert darauf, die Leute als Patienten zu bezeichnen und ein psychiatrisches Flair zu verbreiten. Hin und wieder kommt es auch vor, daß Leute vom Strafkommisär auf den Steinhof (psychiatrisches Krankenhaus, Anm.) geschickt werden. Einer hat zB in der Nacht spanische Gesänge gemacht, der ist sofort am Hof raufgefahren. Oder ein anderer, der Milch in einem Glas am Herd kochen wollte. Da gibt's einen eigenen geschlossenen Justizpavillon, wo die Leute zum Teil ganz massiv Depot-Neuroleptika bekommen, um sie ruhig zu stellen, und die rennen dann monatelang wie ferngesteuert herum.

#### Wie schaut die Betreuung nach der Entlassung aus?

Da gibt's absolut nichts. Wenn es dem Strafende zugeht, absentieren sich die TherapeutInnen, werden unsichtbar. Du gehst ohne Wohnung und oft nahezu ohne Rücklage vom Knast weg. Sie weisen dich höchstens in die Meldemannstraße (Obdachlosenasyl, Anm.) ein. Das Einzige, was es gibt, ist das Arbeitsamt für Haftentlassene. Allah Yari (Therapeut, Regisseur des Filmes "Borderline", Anm.) ist der Einzige, der sich — in Privatregie — um die Leute kümmert. Und das, obwohl sie alle so gerne auf ihre 68er-Vergangenheit verweisen. Es laufen zum Teil auch unheimliche Gehässigkeiten, so zB wurde einem Häftling ein Peter Tosh-T-Shirt als Rückfall gewertet. Es wird sogar Musik von manchen TherapeutInnen als Kriterium herangezogen.

Was noch interessant ist: Selbstmorde hat es gegeben — einen im 81er Jahr, da ist

bezahlte Anzeige:

einer von Stein gekommen, hat es nicht verkraftet und hat sich aufgeknüpft. Und jetzt, vor 3 Monaten, ein Alkoholiker. Der hat nur noch 3 Tage gehabt, ist heimgegangen (die letzten 3 Tage werden in Favoriten geschenkt, man muß nur mehr am letzten Tag reinkommen, die Papiere abholen) und hat sich einen Tag später in der Wohnung aufgehängt. — Das ist dann für die TherapeutInnen eine kurze Sensation, aber die Gründe hinterfragt werden im Endeffekt null. Allah Yari hat sich dafür interessiert und in der Familie nachgeforscht, aber alle anderen hat es gänzlich kalt gelassen. Das wird sofort weggeschoben. Die TherapeutInnen sind mitunter richtige Ratten, unpersönlich und entmenschlicht. Ende des Arbeitstages = Ende des Pseudo-Engagements. Es gibt zB nicht einmal Nachbetreuungsgespräche, was ein paar Leute gerne haben würden. Dabei muß man/frau unbedingt sehen, daß so etwas nicht verordnet werden darf, weil manche das überhaupt nicht wollen, aber es muß die Möglichkeit da sein. Die TherapeutInnen sind für manche oft die einzigen Leute, die wenigstens von Berufs wegen zuhören müssen.

#### Wie schaut das Verhältnis Häftlinge — Wärter aus?

Im allgemeinen sind die älteren Kas (Relikt aus der Monarchie: *Kaiserlicher Arrest-Schließer*)

noch eher dem "Strafhaus"geist verhaftet, wollen verbieten, verbieten, verbieten und würden am liebsten alles wieder rückgängig machen. Für sie ist ja die jetzige Situation ein Mehraufwand, sie müssen zB jedes Gerät, jede Kleidung, das auf die Zelle kommt, auf Drogen durchsuchen. Manchen fällt es auch unheimlich schwer, die Gefangenen nicht mit "du" anzureden, umgekehrt vertragen sie es aber nicht, wenn sie geduzt werden. Manchmal werden die Häftlinge auf eine unheimlich erniedrigende Art behandelt, da kommt es dann auch zu verbalen Auseinandersetzungen. Handgreiflichkeiten gibt es im Normalfall keine, darauf legt der Werdnich auch großen Wert. In Stein und im I-er oder dereinst im II-er gibt's das schon immer wieder.

#### Gibt es auch irgendwelche Veranstaltungen?

Ja, da war zB jetzt im Juni eine Veranstaltungsreihe "Staat & Recht" mit Vorträgen, Diskussionen, einem Film über Wackersdorf etc.; auch der Dieter Schrage hat da einmal einen Vortrag über Anarchie

halten dürfen. Leute von der Grazer Autorennenversammlung waren auch schon drinnen und haben gelesen. Zur Zeit wird gerade der Film "Knast & Sexualität" vom Allah Yari gedreht. Es ist sicher möglich, Veranstaltungen zu machen. Wenn im Knastambiente, dann in Favoriten am ehesten, aber sicher nicht nur aus reiner Menschlichkeit, das dient vor allem der linksetablierten Imagepflege.

#### Stichwort Sexualität — was spielt sich da im Häfen ab?

In Favoriten ist es da aufgrund des Freiganges und des "offenen Besuchs", was da jetzt in Münchendorf versucht wird, nicht so schlimm. In anderen Ländern, zB: Jugoslawien und Skandinavien gibt's das seit 15 Jahren, daß die Frauen/Freundinnen reinkommen und einen Tag dort verbringen dürfen.

Auf der geschlossenen Abteilung in Favoriten ist es sicherlich leichter, als in anderen Häfen. Zum Teil, weil die Leute nicht mehr so lange haben und auch, weil es die Möglichkeit gibt, zu Pornoheften und -filmen zu kommen. Das ist jetzt ein heikler Punkt. Verbotenest es den Leuten, würde sich, glaube ich, im Knast selber mehr auf der Vergewaltigungsebene tun. In Favoriten gibt's da nur ganz selten was, in Stein sicher fast täglich. Nahezu jeder, den ich getroffen habe, hat diesbezüglich etwas selbst erlebt. Und diese Leute (die Vergewaltigten) sind dann auch in der Hierarchie ganz unten. Die werden dann als die eigentlichen Schwulen angesehen und werden von vielen niedergemacht. Die Vergewaltigten selbst sind die Macher, die "nützen ja nur ihren Notstand aus". Gegen Schwule gibt es eine große Abneigung und wenn bei einem nur ein kleiner Verdacht besteht, wird er fertiggemacht. Diese Leute haben wirklich kein rosiges Leben. In Favoriten kommt es in Phrasen zB "ich bin doch kein Warmer" oder "warm bis in die Herzspitzen" schon immer wieder vor, aber manifest eigentlich nicht. Insgesamt hat in Favoriten die Sexualität sicher nicht die Sprengkraft, wie in Stein oder in anderen Betongruften.

Ich hoffe, den Zwiespalt, das Oszillieren zwischen relativ angenehmen Knast und Übelständen ist einigermaßen übergekommen

#### im nächsten TATblatt:

Ein Interview mit einem ehemaligen Insassen von STEIN

Lieber hellgraues Papier als dunkelgraue Flüsse.

**papierTIGER**  
Das andere Papier.

WIEN 1020 Springerg. 1 Tel. 2166305	WIEN 1070 Schottenfeldg. 53 Tel. 964307	GRAZ 8010 Glacisstr. 23 Tel. 832703	LINZ 4020 Waltherstr. 2 Tel. 283420
--	--	--	--

# TATblatt EXTRA

## DISKUSSION OPERNBALL '90

### TEIL 2



Am 22. Feber findet er wieder einmal statt: der Opernball. Und natürlich auch die Demo dagegen. Während einerseits schon fleißig vorbereitet wird, gibt es andererseits aber ziemlich widersprüchliche Auffassungen über Strategien und Konzepte...

Wir wollen im TATblatt Raum bieten, die dringend notwendigen Diskussionen offen zu führen. Aus diesem Grund gibt es bis zum Opernball im TATblatt das »TATblatt-Extra: Diskussion Opernball«. Da gibt es Platz für Diskussionspapiere, Stellungnahmen, Ideen, Kritik, Vorschläge etc. Außerdem fänden wir es toll, wenn gegenseitig auf die Beiträge Bezug genommen werden könnte,.... Nach dem Opernball setzen wir diese Diskussionsbeilage mit Beiträgen zur Demonachbereitung fort.

**Das nächste TATblatt erscheint am 30. Jänner. Alle Beiträge, die bis zum 23. Jänner bei uns eingelangt sind, werden abgedruckt.**

Bitte schickt uns Beiträge, wenn möglich, schon ein paar Tage vor Redaktionsschluß, damit wir sie auch noch eintippen können. Falls ihr einen Computer mit DOS-Betriebssystem habt, schickt uns den Text bitte auch – **zusätzlich** zum schriftlichen Ausdruck – auf Diskette (3 1/2" oder 5 1/4"), am Besten mit MS-WORD getippt, wir verstehen aber auch anderes.

**Die Überschriften stammen größtenteils von uns.**

## Blockade, Demo oder wie oder was?

Der nachfolgende Text stammt von einer Einladung autonomer Gruppen zu einem Anti-Opernball-Vorbereitungstreffen, die an verschiedenste unabhängige linke Gruppen geschickt wurde. Dieses Papier war auch Grundlage eines ersten großen Vorbereitungstreffens. Beschlüsse wurden noch keine gefaßt. Im gegebenen Fall wäre sicherlich, das wurde schon ausgemacht, das Wort »Ausnahmestand« zu ersetzen.

### Hallo!

Der Opernball steht wieder einmal vor der Tür (22.2.90). (...) Wir wollen prinzipiell mit allen außerparlamentarischen Gruppen zusammenarbeiten, die wie wir eine offensive Praxis hinter ihre Forderungen stellen und sich nicht von militanten Aktionsformen – die zu erwarten sind – distanzieren. Das heißt nicht, daß Kritik verhindert/ausgespart bleiben soll.

Bevor wir Vorschläge und Ideen für mögliche Aktionen gegen den Opernball beschreiben, wollen wir erstmal auf die Voraussetzungen, wie wir sie sehen eingehen.

Zuallererst natürlich die "Gewaltfrage": Aktionen gegen den Opernball sind bereits fast eine ebensolche Tradition wie der Opernball selbst. Gerade die Ereignisse des vorigen Jahres haben gezeigt, daß, unabhängig von allen Plänen der "OrganisatorInnen", viele Menschen nicht nur die Bereitschaft, sondern auch das Bedürfnis haben, ihre aus der täglich erfahrenen Repression und strukturellen Gewalt resultierenden Aggressionen an passenderer Stelle loszuwerden als untereinander oder an Telefonhüteln.

Wir gehen daher davon aus, daß selbst für den Fall, daß sich keine OrganisatorInnengruppe findet, einige Tausend Menschen am 22.2. an der Kreuzung Kärntnerstraße – 2er-Linie zusammenkommen werden. In so

einem Fall gäbe es aber weder Rechtshilfe noch SanitärerInnengruppe, die der zu erwartenden Repression auch nur teilweise entgegenwirken könnten. Diese Situation ist eine reale, von der wir glauben, ausgehen zu müssen.

Widerstandsaktionen gegen die Herrschenden, und als solche sind die Aktionen gegen den Opernball in jedem Fall anzusehen, sollen den aktiven Frauen und Männern "in Zeiten wie diesen" das Gefühl der Ohnmacht gegenüber dem Staat nehmen. Das erleben einer erfolgreichen Durchsetzung von Forderungen, praktischer Solidarität (wie kollektiver Schutz vor Festnahmen) oder einfach die Erkenntnis, daß es in unserer Macht steht, menschenverachtende und verhöhnende Projekte und Veranstaltungen wie den Opernball (aber auch Kraftwerke, Gentech-Zentren,...) zu be- oder sogar verhindern, machen Menschen den Mut, die gemachten Erfahrungen Tag für Tag im ureigensten Lebensbereich umzusetzen.

Ziel der Vorbereitungen und Aktionen bis zum und am 22.2.90 ist es, bei vielen Menschen genau oben beschriebenes Gefühl auszulösen.

Die eingangs beschriebene Situation ist eine gesellschaftliche Realität, von der wir uns genausowenig abmelden können wie von Erdbeben oder Hochwasser. Jede einzelne Person und jede einzelne Gruppe ent-

scheidet für sich, welche Aktions- und Widerstandsformen sie für richtig und anwendbar hält. Die adäquate Form auf Entscheidung und Praxis anderer Gruppen und Menschen Einfluß zu nehmen ist solidarische Kritik und Diskussion, die ihren Platz in Vor- und Nachbereitung hat; aber sicher nicht vor Ort, während der Aktion durch Beschimpfung als "gewaltfreie WaserIn", Distanzierung von "böserartigen GewalttäterInnen" oder gar Denunzierung und Auslieferung an die Polizei.

Wir wollen mit allen Menschen und Gruppen zusammenarbeiten, die das staatliche Gewaltmonopol in seinen verschiedenen Auswirkungen (Wohnungsnot, Sozialabbau, Umweltzerstörung,...) praktisch bekämpfen und denen ein solidarisches Verhältnis zu allen an den Aktionen Beteiligten selbstverständlich ist.

Alles was jetzt kommt ist eine Sammlung von Ideen, die nicht "beschlossen" sind und hier zur Diskussion gestellt werden.

### DIE VORBEREITUNG

#### Das Ultimatum

Grundlage unserer gemeinsamen Aktionen könnte eine Zusammenstellung von Zielvorstellungen sein, die sich aus der alltäglichen Arbeit der Gruppen ergibt. Die Pyhrngruppe fordert sofortigen Baustopp, Obdachlose die Freigabe des leeren Wohn-

# TATblatt-extra: Diskussion OPERNBALL '90

raums, andere 10.000.- Basislohn oder die Abschaffung des Bundesheeres. Es entsteht so eine Liste von Forderungen, die die Breite des Widerstandes gegen die herrschende Politik widerspiegelt. Als stilistisches Mittel schlagen wir die Form von Ultimaten vor, die per Plakat, Flugt etc. an die Öffentlichkeit getragen werden. Bei Nichterfüllung bis zu 15.2. (eine Woche vor dem Ball) wird von uns der Ausnahmezustand ausgerufen. Während die Zeit bis zum 15.2. dazu genutzt werden kann, Inhalt und Sinn der Ultimaten einer breiteren Öffentlichkeit über Veranstaltungen, Infotische, etc. zu vermitteln, sollte die letzte Woche vor dem Ball dazu dienen, durch Aktionen verschiedenster Art tatsächlichen Druck hinter die Forderungen stellen und so Menschen dazu zu bewegen, sich an den Aktionen gegen den Opernball zu beteiligen. Eine tägliche Volksküche mit Wohnaktion vor der Oper etwa würde viele Menschen mit der Situation von Obdachlosen konfrontieren und den Stadtgewalttätigen daher sicher ein Dorn im Auge sein. Andere Gruppen könnten Aktionen, die sie sonst auch machen (Straßenblockaden, Bürobesetzungen,..) verstärkt in diese Zeit legen.

## Die Aktionsbörse

Um aber nicht nur bereits organisierten und aktiven Leuten das Mitmachen an der Aktionswoche zu ermöglichen, haben wir an die Einrichtung einer Ideenbörse gedacht. Mittels einer fixen und/oder mobilen K, sollen Widerstandsmöglichkeiten aufgezeigt werden, die leicht durchführbar sind, große Resonanz erzeugen und deren (strafrechtliche,..) Folgen Mensch abschätzen kann. Kombiniert soll das ganze werden mit Filmen über Widerstandsformen in anderen Ländern und aus der Geschichte, Veranstaltungen über Rechtshilfe und Selbstschutz, Aktionstrainings (wie verhalte ich mich bei Polizeieinsätzen/in Extremsituationen). Für die Durchführung dieser Aktionsbörse haben sich auch schon Leute gefunden; natürlich noch nicht genug.

## Die Steckbriefe

Prinzipiell glauben wir, daß jede Gruppe selber mit Flugis und Plakaten für die Aktionen mobilisieren sollte. Sofern es überhaupt einen gemeinsamen Aufruf gibt, sollte er sich damit begnügen, grundsätzliches über außerparlamentarische Politik zu erläutern. Um aber zu vermitteln, daß die "Schweine" nicht nur an einem Tag in der Oper ihr zuvieles Geld ausgeben, sondern dieses das ganze Jahr über durch für uns folgenschwere Politik überhaupt erst bekommen, wollen wir "Steckbriefe" von tatsächlichen oder möglichen OpernballerInnen anfertigen auf denen zu lesen ist, was die betreffende Person tut, in welchem Zusammenhang das steht und welche Auswirkungen das für uns hat. Außerdem soll auf dem Plakat drauf stehen, wo die Person bzw. ihr Arbeitsplatz zu finden ist, um klarzustellen: das Unrecht hat Name und Adresse und das das ganze Jahr über.

## DER TAG DER TAGE

### Untertags

Der 22.2. soll wirklich ein Tag des Widerstandes werden. Dieser Tag kann abermals

eine Zuspitzung der Situation mit sich bringen, indem kleine leicht durchführbare Aktionen über das ganze Stadtgebiet verteilt die Situation für die Polizei völlig unberechenbar, undurchschaubar und unkontrollierbar werden lassen. Während die Polizei ihren Kessel um die Oper aufbaut, nerven wir sie durch kleine Infoveranstaltungen in Wohngebieten von "sozial Schwachen", provokanten Straßentheateraktionen in FußgängerInnenzonen, spontanen Notbremsungen, spontanen Kurzdemos, erfrischendes Bunt in allzuviel Grau und vieles andere mehr. Art und Durchführung der Aktionen werden von den Gruppen selbst bestimmt. Manche Gruppen werden ihre Aktionen anmelden, andere wieder werden diesen Formalakt scheuen. Eventuell könnten wir die Bevölkerung schon vorher darauf aufmerksam machen, daß der Individualverkehr an diesem Tag des öfteren zum Erliegen kommen könnte (Frage: ist das gut? Welche Autos sollen dann den Stau machen, damit BallbesucherInnen und Polizei nicht weiterkommen? Oder können wir den Wiener AutofahrerInnen vertrauen?).

## Womit wir bei den Ideen des abendlichen Gesamtverkehrsstillstandes angeht sind:

Das dezentrale Tageskonzept könnte am Abend verstärkt den innerstädtischen Bereich erfassen. Mit an neuralgischen Punkten vorbeigeführten Demonstrationen könnte 1.) der politische Inhalt noch einmal klargestellt werden (Ministerien, Konzernniederlassungen -in der Vorbereitung schon bekanntgemacht) und 2.) in relativ weitem Abstand zur Oper an wichtigen Verkehrsknotenpunkten der Verkehr lahmgelegt werden. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, daß Blockaden von wenigen Minuten ausreichen, um stundenlanges Verkehrschaos zu erzeugen (Ringkette 1988). Die mit der Absicherung ihres Kessels beschäftigte Polizei wird durch das Chaos ebensowenig durchkommen wie alle anderen und muß außerdem befürchten, daß gerade dann Leute zum Karlsplatz kommen wenn sie es am wenigsten erwartet.

Eine andere Vorstellung ist die, am Abend mit allen gemeinsam eine große Demo zu machen. Die Gründe, die für einen großen Demo sprechen, sind die:

Es gibt viele Leute, die wir für Blockaden nicht mobilisieren können und die dann am Abend vor der Oper stehen. Diese Leute sind uns auch wichtig. Eine große Demo bietet außerdem den Vorteil, daß sie sehr schwer angreifbar ist und wir aus der Demo heraus offensiven Schutz leisten können. Auch aus einer großen Demo heraus können wir Blockaden machen, aber halt mit mehr Leuten.

**WICHTIG:** Die gesamte Vorbereitung muß so offen sein, daß alle MitaktionistInnen immer genau wissen, was von unserer Seite geplant ist und was sie wo erwarten könnte. Es ist wichtig die Erfahrungen des Auslandes zu vermitteln, daß gerade sog. gewaltfreie Aktionen von Polizeibrutalität besonders betroffen sind. Die Teilnahme an einer eventuell sogar polizeilich angemeldeten Katzenmusik vor einem Nobelhotel muß ebensogut psychisch und materiell vorbereitet werden wie etwa eine Kleingruppenaktion anderswo,

da die Polizei in der Regel nur "Zugriff" auf Aktionen ersterer Art hat. Es ist also notwendig sich bei "gewaltfreien Aktionen" sich gut auszulassen,... "halblegale Aktionen" wie Straßenblockaden können so durchgeführt werden, daß mensch sich selbst dem Zugriff der Polizei entzieht indem er/sie sich bei deren Eintreffen einfach aus dem Staub macht und anderswo wieder in Erscheinung tritt. Je schöner das Fest, desto konfuser die Polizei bei (Fehl)alarmen aller Art.

In der Vorbereitung muß klargestellt werden, daß Nazis in der Demonstration nix zu suchen haben und hinaus geworfen werden. Ebenso muß gesagt werden, daß Alkoholisierter nicht nur sich selbst, sondern auch andere gefährden und das in so einer Situation nicht hingenommen werden kann.

Sollten wir in der Lage sein, dieses oder ein ähnliches Konzept auch nur ansatzweise durch zu halten, könnte es gut sein, daß es um 22 Uhr gar keine Bolognese gibt, weil noch zu wenig Leute in der Oper sind.

Das hätte auch noch einen anderen Vorteil: Erfahrungsgemäß beginnt der große Polizeieinsatz erst um 22 Uhr mit der Balleröffnung, denn vor diesem Zeitpunkt muß 1.) die Zufahrt der Gäste gesichert werden und 2.) könnten ja auch BallbesucherInnen von der Polizeiaktion getroffen werden. Wenn diese BesucherInnen aber um 22 Uhr noch gar nicht in der Oper sind, folglich irgendwo am weg zur Oper sind, könnte die Polizei in die defensive gedrängt werden. Die große Knüppelerei müßte später anfangen, vielleicht überhaupt entfallen.

Es ist jedenfalls wichtig, daß die Polizei möglichst desorientiert ist, wenn nach Abschluß der Blockaden die meisten AktivistInnen wahrscheinlich in Richtung Karlsplatz strömen. Eine konfuse Polizei kann niemals so viele Menschen verletzen oder festnehmen wie eine wohlorganisierte.

## NACHBEREITUNG

Wichtig ist, daß eventuelle Nachfolgedemos schon vorher ausgemacht und bekannt sind. Ebenso verhält es sich mit nachfolgenden Diskussions- und Nachbereitungsveranstaltungen. Es ist klar, daß das Ultimatum allein nicht den gewünschten politischen Erfolg bringen wird. Konkrete weitere Zusammenarbeit ist notwendig; etwa bei der Vorbereitung von Aktionen zu 1. Mai, der heuer in Österreich zum 100 Mal stattfindet.

Zum Abschluß noch eine kleine Kopfrechnung:

Die BPD (BUNDESPOLIZEIDIREKTION) Wien verfügt zu Zeit über 5200 SICHERHEITSWACHEBEAMTE im Aussendienst (alle Sondereinheiten mitgerechnet; Zahl aus Standard vom 14.12.) Höchstens einsatzfähig sind auf einmal zwei Drittel (das sind 3400), mit denen auch die Arbeit der Bezirkspolizeikommissariate und Wachstuben abgedeckt werden muß. Zur Abschottung der Oper werden ca. 2000 Beamte benötigt. Der verbleibende Rest wird hoffentlich durch dezentrale Aktionen überfordert sein, zumal sich die Polizeiführung stets eine taktische Reserve von ca. 300 Beamten zurückbehalten muß.

## Opernballdemo-Diskussion in Graz

Seit 4.1.90 findet jeden Donnerstag um 20h in der Dezentrale (Prokopigasse 2) eine Diskussion zur Opernballdemo 1990 statt. Beim ersten Treffen wurden einmal Ideen gesammelt. Die wichtigsten sind für uns:

\* In Graz soll vor dem Opernball was passieren, um Inhalte zu transportieren. In welcher Form, das ist noch offen.

\* Inhalte müssen ausgearbeitet und klar dargestellt an die Öffentlichkeit gebracht

werden. Zwei mögliche Wege: Direkt an die Öffentlichkeit zu gehen über Plakate, Wandzeitungen, Infostand, etc. ??? Oder: Über Massenmedien — dabei wurde daran gedacht, an Profil und MOZ heranzutreten; wenn die was bringen, dann Tageszeitungen anschreiben bzw. Pressekonferenz.

\* Es ist wichtig möglichst viele Einzelpersonen und Organisationen möglichst früh in die Diskussion einzubinden ("Bündnispart-

nerInnen").

\* JedeR soll sich klar darüber sein, warum sie/er zur Opernballdemo geht.

\* Warum überhaupt Opernballdemo? Der Ball — und alles was dort passiert — ist für uns ein Symbol für alle die Dinge gegen die wir täglich kämpfen. Die Menschen, die uns mit ihrer Politik das Leben schwer machen, versammeln sich dort, um ein rauschendes Fest zu feiern. Jetzt, im Zeitalter der ungebremsten Kapitalismuseuphorie ist es wichtig zu vermitteln, daß Werte wie Sozialismus, Kollektivität, Solidarität, ... nicht gestorben sind, sondern immer noch für eine menschlichere Form der Gesellschaft stehen.

\* Für uns stehen zwei Ansätze zur Diskussion: Punktuelle inhaltliche Auseinandersetzung oder Antisystemansatz. Das Resultat ist bei beiden Ansätzen das gleiche. Was ist hier und jetzt zielführender?

\* Die Idee mit den Steckbriefen fand großen Anklang. Woher kriegen wir Material dazu?

\* Gewaltfrage: Wie stehen wir zu Gewalt/Randale?

Soweit bis jetzt und

(Hoffentlich!) viel power aus Graz!

**PS.: Nochmal: Jeden Donnerstag seit 4.1.90 um 20h Dezentrale Prokopigasse 2.**

**Wenn du uns schreiben willst, wende dich an: TATblatt, Redaktion Graz, Kastelfeldgasse 34/16, 8010 Graz**

### TATblatt....

TATblatt-Extra, das ist die Diskussionsbeilage zum TATblatt. Und das TATblatt wiederum ist eine selbstverwaltete linke Zeitung, die alle 14 Tage erscheint.

Falls du also nur diese Diskussionsseiten in deinen Händen hältst, so sei dir hiermit auch der Rest der Zeitung empfohlen. 24 Seiten mit aktuellen Nachrichten und Hintergrundartikeln von überall dort, wo Widerstand geleistet wird, oder wo selbiges eigentlich notwendig wäre. Und dazu Tips, Termine und vieles andere mehr.

Das TATblatt ist bei (einigen wenigen) linken Buchhandlungen, bei unseren HandverkäuferInnen oder direkt bei uns erhältlich. Ein TATblatt kostet S 10,-. Ein Abo für zehn Ausgaben kostet innerhalb Österreichs S 96,-.

Falls du das TATblatt gerne einmal kostenlos kennenlernen würdest, so schicke uns einfach eine Postkarte. Wir schoicken dir dann die nächste Ausgabe gratis zu.

Falls du das TATblatt abonnieren möchtest, findest du in jenem Probeexemplar einen Erlagschein, den du nur ausfüllen und einzahlen brauchst...

Alles klar?



### TATblatt

## FEST...FEST...FEST...FEST...FE

### gegen das Böse auf der Welt

### am 1. Feber ab 19 Uhr

in der KULT-FARBIK (14, Matznergasse 8)

es musizieren für Sie:

★ StGB 246

(die autonome Kultband der späten 80er)

★ Prozeß

außerdem:

Präsentation der berüchtigsten Ausstellung des Jahres:

(Titel hat die Ausstellung noch keinen, gehen tut es anlässlich des Opernballs um Widerstand hier und anderswo, Spaßguerilla international, und so...)

### Prügelverbot

An das liebe TATblatt und alle, die das lesen werden!

Für mich ist klar, daß wir eine Opernballdemo machen müssen, denn wie heißt es so schön: Seid Sand und nicht Öl im Getreibe der Welt. Die Diskussion wie und was wir da machen, rüberbringen etc, wollen und könnten, sollten wir, glaube ich nur direkt (Plenum) und nicht über Zeitung(en) führen.

In dieser Form sollten nur Tips und Anregungen (Ideenaustausch) weiter gegeben werden, damit sich jede/r für die Plena vorbereiten kann. Mich haben die Tschech/innen auf eine Idee gebracht. Also: Verkehrsschilder, die ein Prügelverbot für Bullen darstellen,...

Natürlich muß man/frau solche Schilder nicht aus Pappe machen, sondern zB Stahlblech, Plexiglas etc mit innen Griffen montiert, was im Fall des Falles Schutz bietet und nicht gleich als Gewaltakt ausgelegt werden kann.

bis dann,  
M.B.

# Ein trauriges Bild?

Zum Einstieg möchte ich Lob anbringen: Ein großes Lob an das TATblatt-Kollektiv, welches die Initiative ergreift, Sprachbarrieren mittels ihrer Zeitung überwinden zu helfen. Letztes Jahr vor der Balldemo war es so, daß sich für mich eine große Angst aufgestaut hat. Die ganzen KroKuWaz-Heuchler und Hetzer vermittelten mir und wahrscheinlich auch der "Rest"-Öffentlichkeit ein unheimliches bis zu bürgerkriegsähnlichen Stimmungsbild. Diverse Plakate taten ihren Teil dazu.

Mit Vorwürfen wie "Inhaltslosigkeit" oder wie "Spaß an Randalen" wurde schon Wochen vor der Aktion operiert und ließ dadurch keine wirklich konstruktive Auseinandersetzung zu bzw konnte diese damit abgewürgt werden.

Nein, der Polizei und der Staatssicherheit wurde wieder gehuldigt und teilweise machten sie dies natürlich selbst.

So, nun stand und ging auch ich in Protestmenge 'rum. Was war ich zu diesem Zeitpunkt? Schaulustiger, Randalierer, Reporter, Bulle? Nein, weder noch.

Ich fühlte mich als ganz normaler Demonstrant, der mit seiner Anwesenheit seine Botschaft vermitteln und kundtun wollte. Nur hat das leider niemand abgecheckt. Ob bewußt oder unbewußt sei hier für mich dahingestellt. Auf jeden Fall scheint das in Österreich Gang und Gebe zu sein, öffentlich (Straßen-)Protest nicht zu beachten.

Erst wenn sich was Spektakuläres, Aufsehererregendes und Mediengeiltes abspielt, wird Gehör gefunden.

So auch beim letzten Opernball. Sogar jetzt bei diesem Jahreswechsel wird noch über die Demo geschrieben und ....geschrien!!!

Bietet sich uns nicht ein trauriges Bild? Also für mich schon!!!!!!

Die Polizei hat sich mittlerweile neu und besser weitergerüstet, sicherlich auch neue Taktiken und Strategien gefunden und man ist auch dabei ein neues Gesetz durchzusetzen (Anm: "Sicherheitspolizeigesetz", ehemals "Polizeibefugnisgesetz" genannt), um u.a. "Probleme" mit Demonstrationen

besser in den Griff zu bekommen.

Nur, und jetzt beginne ich mit der inhaltlichen Kritik, liegen die Probleme nicht an den DemonstrationsteilnehmerInnen und ebenso nicht allein an den Bullen, sondern ganz woanders.

Also, das festliche Ereignis schlechthin ist in Österreich – mit traditionellem und kulturellem Background – der Opernball; ausgestrahlt und verkauft als Prestige-Objekt in weite Teile der wohlhabenden Welt und oftmals kopiert, auch von fremden Kulturen.

Jetzt treffen sich jedes Jahr die "Prominenz" und die "Repräsentanten" (und solche die es gerne sein möchten) aus dem nationalen und internationalen politischen, wirtschaftlichen und was weiß ich noch was für Leben, um genüßlich zu feiern.

Vorangestellt: Das Recht zu feiern sollte jeder und jede zu jedem Zeitpunkt haben, sofern es nicht auf dem Rücken anderer ausgetragen wird.

Bedeutet doch Genuß an diesem Ball einen enormen Kostenaufwand durch überhöhte und höchste Preise. Dieses Selektionsprinzip sorgt dafür, daß BürgerIn NormalverdienerIn und noch weniger Verdienende den Glanz der Prominenz nicht beeinträchtigen. Bis daher noch kaum Anlaß zu Demonstration – aber wenn die Ausgeschlossenen über Steuerabschreibungen und geladene (nichtzahlende) Gäste usw sich dann an den Kosten für dieses Spektakel beteiligen dürfen, ist das ein zynisches "Privileg".

Nun ja, Zynismus hin oder her, doch ist für mich der Opernball ein Spiegel dieser Gesellschaftsordnung:

**Wenige**, die jedoch im wirtschaftlichen und politischen Leben das Sagen haben, können den künstlich übersteigerten Konsumbedürfnissen nachgeben.;

**viele**, welche in der Politik und in der Wirtschaft vielleicht auch mal ja sagen können, rennen und hetzen dem Druck nach Konsum hinterher;

und sehr **viele** die an diesem Druck leiden, leiden bis zum Zerbrechen.

Nun gibt es für Benachteiligte verschiedene Verhaltensweisen um aus diesem Dilemma herauszukommen. Entweder es

wird am Prinzip Hoffnung festgehalten und an den Glauben an eine bessere Welt in der Zukunft, oder es wird Lotto gespielt, oder illegal irgendwie Geld gemacht, oder....

oder aber – und darin finde ich für mich Hoffnung und Antrieb für mein Handeln – die Menschen sagen, was ihnen nicht paßt und teilen dies öffentlich mit, organisieren Demos oder gehen einfach nur mit usw.

Ja, grundsätzlich ist es das, warum die Menschen sich vor der Oper treffen und nicht der "Spaß" an einer Prügelei.

Denn einen treffenderen Ort und Zeitpunkt gibt's für einen Protest an den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht, als bei einer Veranstaltung mit sehr starkem Symbolcharakter.

Somit war für mich dieser Ball und diese Demonstration immer symbolisch und sie soll es auch in Zukunft – solange gesellschaftliche Ungerechtigkeiten bestehen – immer sein.

Und mit Repressionsstrategien, so zeigen es gerade die jüngsten Ereignisse in unserer östlichen Nachbarschaft recht eindeutig, werden Machthaber(-Innen?) und deren Handlanger auf die Dauer nicht durchkommen. Daß unberechenbare Eskalation bis zu Terrorismus ihr Ziel sein könnte, solches wäre widersinnig zu unterstellen.

Noch was zu uns (Wenn ich 'uns' sage, so möchte ich keinen Elnheitsbrei oder ein irrealen Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen, sondern verende dieses Wort nur der Einfachheit halber, weil's doch einen kleinen gemeinsamen Nenner gibt: Derselbe Ort zur selben Zeit):

Es gilt Ungerechtigkeiten und Einseitigkeiten aufzuzeigen. Und zwar die ganze Bandbreite, von den Ursachen bis zu den Symptomen – Abfertigungswucher, ungenügende materielle Grundsicherung, falsch betriebene Energiepolitik, profitjauchzende Ostblockhilfe, Unterdrückung und Ausgrenzung von österreichischen Minderheiten, Zentralismusstreben in der Europapolitik, internationale Ausbeutung durch IWF und Weltbank, Verleugnung von NichtwählerInnen, Selbstzerstörungs- und Enteignungstendenzen in und durch kapitalistische Systeme, Geschlechts- und Sexualstreit, Militärfanatizismus, Werbe- und Manipulationsindustrie, gesellschaftlich ungerechte Arbeitsaufteilung, entmündigende Judikatur, und und und (diese Aufzählung läßt sich noch lange fortzusetzen).

Doch dürfen wir nicht in den, in unseren Köpfen vorherrschenden, aber auch vorge-setzten, Delegationsmechanismus verfallen; also an diesem Tag wird die ganze Wut und der ganze Protest einmal abgelassen und dann wieder nichts mehr, die "anderen" werden das eh erledigen, sondern die Arbeit an gesellschaftlichen Verhältnissen ist stetig und prozeßhaft und betrifft jeden.

Und somit ist es mir ein Anliegen, daß diese Demo zwar spaßvoll und turbulent abgeht, doch auch besonnen. Nehmen wir den Mächtigen und den handlangenden Bullen ihre Legitimation.

Konrad

Liebe Leute, hatte leider keine Diskette zur Hand, vielleicht könnt Ihr den Text trotzdem in die Spalten Eurer Gazette einfügen, lang ist er ja nicht:

## F. Kafka

Aus Zúrau, einem kleinen Dorf in Nordwestböhmen, erreichte uns folgender Beitrag zur Opernballdiskussion:

*"Leoparden brechen in den Tempel ein und saufen die Opferkrüge leer; das wiederholt sich immer wieder; schließlich kann man es vorausberechnen, und es wird ein Teil der Zeremonie."*

Franz Kafka, 10. November 1917, IM BETT.  
(Hochzeitsvorbereitungen auf dem Lande)

## LeserInnenbrief zu Herrhausen-Attentat und Vorbereitung der Demonstration gegen den Opernball:

Wir besitzen noch keine Nachricht von den österreichischen revolutionären Sozialdemokraten, die auch dort vorhanden sind, und auch die sonstigen Nachrichten sind äußerst spärlich. Infolgedessen wissen wir nicht, ob die Hinrichtung Stürgkhs durch den Genossen Fritz Adler (1) die Anwendung des Terrorismus als Taktik war, die in der systematischen Organisation politischer Attentate ohne Zusammenhang mit dem revolutionären Kampf der Masse besteht, oder ob diese Hinrichtung nur ein einzelner Schritt im Übergang von der opportunistischen, nichtsozialistischen Taktik der das Vaterland verteidigenden offiziellen österreichischen Sozialdemokraten zu eben jener Taktik des revolutionären Massenkampfes war. Diese zweite Annahme scheint eher den Tatsachen zu entsprechen (...).

Jedenfalls sind wir überzeugt, daß die Erfahrungen der Revolution und Konterrevolution in Rußland die Richtigkeit des mehr als

zwanzigjährigen Kampfes unserer Partei gegen den Terrorismus als Taktik bestätigt hat. Es darf aber nicht vergessen werden, daß dieser Kampf in engem Zusammenhang mit dem schonungslosen Kampf gegen den Opportunismus, der geneigt war, jegliche Anwendung der Gewalt von seiten der unterdrückten Klasse gegen ihre Unterdrücker zu verwerfen, geführt worden ist. Wir waren immer für die Anwendung der Gewalt, sowohl im Massenkampf wie auch im Zusammenhang mit diesem Kampf. Zweitens haben wir den Kampf gegen den Terrorismus mit einem jahrelangen, viele Jahre vor dem Dezember 1905 (2) beginnenden Propaganda des bewaffneten Aufstandes vereinigt. Wir sahen in ihm nicht nur die beste Antwort des Proletariats auf die Politik der Regierung, sondern auch das unvermeidliche Resultat der Entwicklung des Klassenkampfes für den Sozialismus und die Demokratie. Drittens haben wir uns mit der prinzi-

piellen Anerkennung der Gewaltanwendung und der Propagierung des bewaffneten Aufstandes nicht begnügt. Wir unterstützten z.B. bereits vier Jahre vor der Revolution die Anwendung der Gewalt der Masse gegen ihre Unterdrücker, besonders bei Straßendemonstrationen. Wir bemühten uns, daß sich das ganze Land die Praxis einer jeden solchen Demonstration zu eigen machte. Wir trachteten immer mehr auf Organisation eines ausdauernden und systematischen Widerstands der Massen gegen Polizei und Militär (...).

Mit besonders lieben Grüßen (Liebe und Kraft)

euer Wladimir Illitsch Lenin am 4. November 1916

(1) Gemeint ist die Erschiessung des österreichischen Ministerpräsidenten Karl Graf von Stürgkh (wesentlicher Teil des militärisch industriellen Komplexes im 1. Weltkrieg also) durch Friedrich Adler am 21.10.1916. Dazu zitieren wir aus Hautmann/Kropf; Geschichte der österreichischen Arbeiterbewegung vom Vormärz bis 1945, Seite 121

"Das Aufsehen erregende Attentat nutzte der Parteiführung mehr als es schadete. Für die breiten Massen wurde Friedrich Adler zum Märtyrer ihrer Friedenssehnsucht. Da er bis zuletzt Mitglied und Funktionär der Partei geblieben war, mußten weite Kreise der Arbeiterschaft den Eindruck gewinnen, daß die Partei nun gewillt sei, schärfere Kampfmaßnahmen gegen den Krieg zu ergreifen. Und tatsächlich: seit dem Frühjahr 1917 wendete sich das Blatt. Unter dem Druck der immer unzufriedener, revolutionärer werdenden Massen vollzog die Parteiführung zunächst in der sozialen Frage den Ruck nach links."

Dazu ebenfalls aus Hautmann/Kropf:

Mitgliederzahlen von SDAP und Gewerkschaften zwischen 1913 und 1918:

	1913	1914	1915	1916	1917	1918
Partei	253137	146542	111712	108739	213321	295147
Gewerkschaften	415195	240681	177113	169937	311068	412910

• Aug. 1914: Beginn des 1. WK  
»Burgfriedenspolitik«

• 21.10.1916 Adler-Attentat

(2) Unsere LeserInnenbriefschreiberIn scheint sich auf die Zeit vor der russischen Revolution 1905 zu beziehen. Unserer Ansicht nach will sie damit ausdrücken, daß es auch in Zeiten relativer Friedhofsruhe notwendig ist, offensive Aktionen gegen Staat und Kapital zu propagieren (Anm. der Red.).

## ein Opernball-Comix aus Linz:

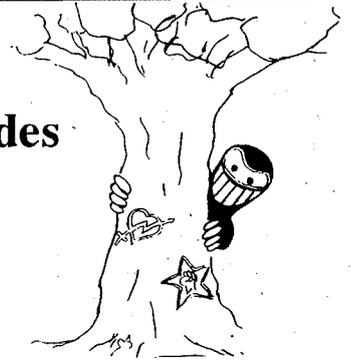


Dieses TATblatt-extra ist eine Beilage zum TATblatt minus 78 (1/1990)  
Herausgeberin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, Wien 6, Gumpendorferstraße 157/11  
Telefon: (0222) 57 49 543  
**Konto: P.S.K. 7547 212**  
Gelder dringendst erbeten!!

# Hoppala

## Auf den Spuren des prärevolutionären Treibens des

# MATHIAS N.



### Was bisher geschah:

#### TATblatt-LeserInnen wissen:

In der Nacht vom 27. auf den 28. September 1989 beanspruchte eine kleine entschlossene Gruppe revolutionärer GenossInnen einen — wie sie es nannten — »Schweinekonzern«. Sie achteten dabei besonders darauf, keinerlei Spuren zu hinterlassen. So kam es, daß sich die Polizei bislang damit begnügen mußte, im Dunkeln zu tappen. So zumindestens stellte sich aufmerksamen Beobachtern dar.

#### Was bisher auch geschah, TATblatt-LeserInnen aber nicht wissen:

Vor wenigen Tagen stellte ein bislang unbekannter Briefträger an der offiziellen Meldeadresse des Mathias N. einen erfolglosen Zustellversuch eines behördlichen Schriftstückes der Marke RSA an. Da Mathias N. nicht anzutreffen war, das Schriftstück folglich nicht zu dessen eigenen Händen ausgehändigt werden konnte, war der Postbote gezwungen, sich mit der Hinterlassung einer Hinterlegungsbenachrichtigung zu begnügen. Der nur befristeten Möglichkeit zur Behebung des Briefes am Zustellpostamt konnte Mathias N. noch nicht nachkommen, da er hierzu leider noch keine Zeit gefunden hat.

Also mußte er sich vorderhand damit begnügen, sich ob des Briefes zu sorgen,.... Ob es vielleicht eine Ladung zur Polizei war? ...zu einem Verhör, betreffend des Anschlages vom September gar? ...vielleicht??? Au weia! Irgendwie trägt die Angst vor schlechten Nachrichten gar nicht wenig dazu bei, daß Mathias es immer wieder verschiebt, aufs Postamt zu gehen.

Wie aber auch immer: Ein neues Jahrzehnt ist über Mathias N. hereingebrochen, und desgleichen tat es auch über seine GenossInnen, die sich immer noch ebenso unregelmäßig wie mehr oder weniger zufällig, dennoch aber nicht selten treffen, und bisweilen konspirative Pläne schmieden. Ganz genau dieselben Personen, die Ende September des vergangenen Jahres am Anschlag auf den »Schweinekonzern« beteiligt gewesen waren, sind es heute nicht mehr. Das stetige Auf und Ab persönlicher Beziehungen, das Entstehen und Vergehen von Freundschaften (Genossenschaften, GenossInnenschaften???) hat manche Person von der Gruppe getrennt, neue hinzukommen lassen — ohne auf Belange der Sicherheit oder politischer Notwendigkeiten Rücksicht zu nehmen. Nach wie vor aber mit dabei ist Mathias N., obwohl auch er sich im Zuge eines persönlichen Tiefs (verbunden mit der immer wiederkehrenden politisch/sozialen Perspektivlosigkeitspanik) in den letzten Tagen ein bißchen rar gemacht hat. Mittlerweile hat er alldies zwar nicht überwunden oder gelöst, immerhin aber verdrängt — wieder einmal.

## Folge 6: Alle Räder stehen still

»1...2...3...4...« — jeden Schritt den er setzt, zählt er, wie er da die Straße überquert, im Schutze der Verkehrsampel.

Wir schreiben Mittwoch, den 10. Jänner 1990. Der Quarz-Digital-Chronometer mit Stopp- und Alarmfunktion um 199,— Schilling an Mathias rechtem Armgelenk zeigt 6.18 Uhr. Das öffentlich aufgehängte Thermometer bei der Apotheke, wo Mathias vor zehn Minuten vorbeigekommen ist, zeigte —2°C an. Die Ampel, dessen Schutzbereich Mathias gerade überquert blinkt grün, und der Abstand zwischen den beiden Masten, auf welchen die FußgängerInnensignale angebracht sind, mißt genau 11 Schritte, in etwa. Da sich Mathias bemüht hatte, möglichst genau ein Meter große Schritte zu setzen, könnte die Straßenbreite mit etwa elf Metern benannt werden.

Mathias N. bleibt nach gelungener Überquerung der Straße — eine »Einbahn« übrigens, dreispurig und zumeist in stadtautobahnmäßigem Fahrstil befahren — nicht stehen. Er entfernt sich am Gehsteig in der selben Richtung, die für die Fahrzeuge auf der Fahrbahn verbindlich vorgeschrieben ist. Nach 50 Schritten hält er inne. Von hier aus wendet er sich wieder der Kreuzung zu. Unauffällig versucht er, die Dauer der verschiedenen Ampelphasen zu bestimmen. Der Versuch, dies mit seinem neuen Quartz-Digital-Alarm-Chronometer zu tun, scheitert an

der Unvereinbarkeit seiner Vorstellungen von der Bedienung des Geräts mit der tatsächlichen Funktionsweise desselben (mit anderen Worten: er kennt sich nicht aus). Im Froste seines Angesichts versucht Mathias die Zeit durch Abzählen zu erfassen. »einundzwanzigzweizundzwanzigdrei- undzw...«

Mit Mißfallen muß Mathias N. feststellen, daß die verschiedenen Zeiträume zwar ungefähr seinen vorherigen Schätzungen entsprechen, daß aber bei keiner der verschiedenen Ampelphasen das Straßensstück, wo Mathias steht, tatsächlich gänzlich frei von Autos ist, wie er es sich eigentlich wünschen täte. Wenn für die GeradeausfahrerInnen rot ist, kommen die AbbiegerInnen aus der Seitengasse. Sind die weg, kommen gleich wieder die GeradeausfahrerInnen....

Am längsten »autofreie Zeit« steht zur Verfügung, während jenes Zeitraumes, zwischen dem Vorbeikommen des letzten geradeausgefahrenen Autos und dem des ersten abgeboenen, stellt Mathias anhand seiner Beobachtungen fest. Diese Zeit bescheidet sich aber auch mit vier Sekunden.

Es ist 6.32 Uhr, als sich Mathias, so unauffällig, wie er gekommen war, wieder entfernt. Der folgende Spaziergang wird ihn aber, nach etwa einer knappen halben Stunde, wieder hierher zurückführen. Denn er möchte die Entwicklung des Verkehrsaufkommens beobachten. Möglichst

Die Handlung dieses Fortsetzungsromans ist frei erfunden. Jede Ähnlichkeit irgendwelcher Personen mit anderen ist zufällig und unerwünscht. Manch sachliche Ausführung ist aber sehr wirklichkeitsnah und mitunter erschreckend realistisch.

viel Verkehr, will er haben, aber immer nur gerade soviel, daß es sich nicht zu stauen beginnt.

Es war kurz nach Neujahr, am Dienstag, 2. Jänner 1990, als Mathias und seine GenossInnen beisammen saßen, und angesichts des jungen Jahres das damit zwangsläufig verbundene Herannahen des Opernballs erahnten. Nie mehr, meinten die in fruchtbringende Diskussionen versunkenen GenossInnen, sollen irgendwelche sagen können, die Opernballdemo sei nur sinnlose Randalie ohne politische Inhalte. Wie aber können Inhalte unübersehbar klargemacht werden, wenn vom Staat und seinen Medien alles daran gesetzt wird, die Inhalte nicht nur zu verschweigen sondern jegliche Artikulationsversuche (Plakate, Transparente,...) zerstörerisch repressiv anzugreifen.

Einer der wichtigsten Inhalte der Opernballdemo, meinten die FreundInnen, ist es eigentlich, zu zeigen, nicht nur lamentieren, raunzen und im äußersten Fall protestieren, sondern sich wehren zu wollen. Daß es da Möglichkeiten gibt, dieses Wehren, diesen Widerstand auch viel zielgerichteter, und noch dazu unabhängig von einer bloß einmal jährlich statt-

findenden Demo gewissermaßen *alltöglich* zu praktizieren, das vorzuzeigen, ist eines der Hauptanliegen, welches Mathias N. und seine FreundInnen mit diesem Ball verbanden.

Sie faßten daher den Beschluß, in den Tagen vor dem Opernball mehrere kleine, aber dennoch spektakuläre Aktionen an verschiedenen Orten vor verschiedenen Gebäuden, Institutionen, Konzernen und ähnlichem zu machen. Begründungen, warum gerade da oder dort »angegriffen« werde, wollen sie in BekennerInnenschreiben verpacken. Den unübersichtlichen Zusammenhang mit dem Opernball wollen sie durch das Hinterlassen von kopierten Opernball-Flugblättern herstellen.

Stellte sich nur mehr die Frage, welche Aktionsform einfach durchzuführen ist, und auch zur Nachahmung anregen könnte. Nach längerem Rumüberlegen kamen sie wieder einmal auf die bewährte *Straßenblockade*, mit all ihren Vor- und Nachteilen(1).

Sogleich gingen sie daran, genauere Pläne auszudeckeln, und mögliche Tatorte ins Auge zu fassen. Die verschiedenen Orte, und das teilten sie auch noch gleich ein, sollten so bald als möglich, von jeweils einer Person genauer zu einem, mit der Tatzeit vergleichbaren Zeitpunkt (also Frühverkehrsspitze eines Werktages außer Samstag) ausgekundschaftet werden.

Ein paar Grundbedingungen für die Durchführung der Aktionen machten sie sich auch gleich aus:

1.) keine »Meier-Partie«, was soviel heißt wie: keineR darf erwischt werden. Bevor die Polizei kommt, müssen alle schon längst über alle Berge — die es freilich in der Stadt nicht gibt (noch nie radgefahren in der Stadt, wie?; Anm d Korrelerin)(Oja! Anm d Autors; ich korrigiere deshalb wie folgt: die es freilich an obig beschriebenen Orte und in relevantem Umkreis um selbigen nicht gibt), aber trotzdem — sein. Außerdem ist eine gewisse räumliche Distanz zu den AutofahrerInnen zu wahren, um dem Einschreiten engagierter AutofahrerInnen, die die »HeldInnen spielen wollen«, wie es in Krimis so schön heißt, zu vermeiden. Und nicht zuletzt dürfen weder bei der Vorbereitung, noch der Durchführung der

Aktion und auch nicht beim BekennerInnenschreiben irgendwelche Spuren hinterlassen werden.(2) Auch bei *kleinen* Aktionen gelten die gleichen Sicherheitsregeln wie bei *großen*. Denn auch die Polizei unterscheidet da nicht allzusehr. WelcheR einmal als mehr-oder-weniger-»TerroristIn« in deren Finger geraten ist, hat nicht unbedingt viel zu lachen.

2.) Weder sie selbst, noch unbeteiligte PassantInnen dürfen bei der Aktion verletzt oder auch nur ernsthaft gefährdet werden. Eine bloß rasch mal über die Straße gespannte Kette kann zu einer gefährlichen Falle für heranrasende AutofahrerInnen werden, wenn nicht einige Sicherheitsmaßnahmen erfüllt sind.

3.) Die Aktion muß vermittelbar sein. Der Standort muß überlegt und das BekennerInnenschreiben durchdacht werden.

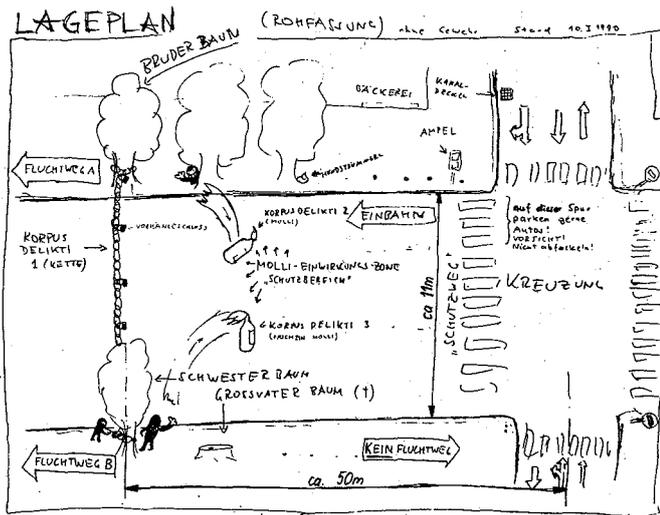
**D**onnerstag, 11. Jänner (also nach den frühmorgendlichen Lokalaußenscheinen), 21.20 Uhr an einem sicheren Orte (die Privatwohnung einer der FreundInnen): Anhand von erstellten Lageskizzen(3) werden die verschiedenen möglichen Blockadeorte diskutiert. Für jeden dieser Orte wird anhand der bei den Erkundigungen erkundeten näheren Umstände die adäquate Blockademöglichkeit erwogen.

Ketten seien, so meint Mathias, eine der bewährtesten Möglichkeiten, Straßen zu blockieren. Einer der Vorteile der »Kette« sei zum Beispiel, daß sie überaus effektiv sein kann. Ihr Entfernen ist nur mittels Bolzenschneider möglich. Und bis so etwas vor Ort ist, kann ganz schön viel Zeit vergehen. Außerdem sind Ketten ziemlich leicht aufzutreiben. Sie zu kaufen, ist sicherlich zu teuer, doch man und frau brauchen nur nächstens offenen Auges durch die Stadt zu streifen und schon werden sie unzähliger Absperrungsketten angesichtig, die sie bloß mittels Schraubenschlüsseln (und Handschuhen selbstverständlich — wegen der Fingerabdrücke) abmontieren zubauchen. Frei-

lich sind die so erworbenen Ketten für den geplanten Verwendungszweck vorerst mal zu kurz, doch lassen sie sich unschwer mittels Vorhängeschlossern aus dem Bau-Supermarkt zusammenstückeln.

Dort wo Mathias die Lage erkundet hatte, berichtet er weiter, hätte eine solche Kette einfach zwischen zwei, auf jeweils einer Straßenseite befindlichen, Bäumen festgemacht werden können. Natürlich ginge dies auch an irgendwelchen Masten oder Verkehrsschildern, nur wäre dann, mitunter ziemlich umständlich, Vorsorge zu treffen, daß die Kette nicht zu Boden rutscht, was den Blockadeeffekt ziemlich zunichte machen würde. Wenn auf jedem der beiden Bäume ganz knapp vorher schon kürzere Ketten rund um den Baumstamm fest montiert würden (wieder mittels Vorhängeschloß), könnte der eigentliche Absperrvorgang darauf beschränkt werden, diese beiden kurzen Baumstamm-Ketten rasch durch eine dritte, lange Kette zu verbinden, und das müßte in den zu Verfügung stehenden vier Sekunden auch einigermaßen möglich sein.

Dennoch, wirft Isabella L. ein, müßten sie damit rechnen, daß es durch Schusseleien etwas länger dauern könne. Und gerade in solchen Situationen sind Schusseleien schier unvermeidlich. Und da ohnehin auch vermieden werden muß, daß allfällige Autos blindlings in die Kette rasen, muß zu allererst, etwas gemacht werden um die



**Fußnoten:**

(1)Die von irgendeiner/m vorgeschlagene — technisch einfachere — Möglichkeit, den öffentlichen Verkehr zu stören, wurde als *idiotisch* abgetan. Denn dabei würden ganz eindeutig nur die Schwächsten getroffen. Darüberhinaus ist der öffentliche Verkehr ohnehin im Gegensatz zum, von allen möglichen Kapital-Lobbys unterstützten Straßenverkehr, eher zu fördern als zu stören. Es wurde gar nicht mehr weiter darüber diskutiert

(2)daß unsere prärevolutionären FreundInnen gewissenhaft jede Form von möglichen Spuren stets zu vermeiden trachten, ist wohl hinlänglich bekannt. Erinnern wir uns doch nur, wie sie ohne jegliche Fingerabdrücke die BekennerInnenbriefe betreffs ihres Anschlags im September auf eigens neuge-

kauftem Papier mit eigens neugekauftem Typenrad geschrieben haben (vgl Folge 2 und 3 in TATblatt minus 83 und 82). Oder wie sie überhaupt nirgends Fingerabdrücke hinterlassen haben (vgl Folge 4 in TATblatt minus 81) und auch auf Handschuhspuren reichliches Augenmerk gelegt haben (vgl Folge 5 in TATblatt minus 80, wo Mathias auch die Spurenvermeidung bei Spray-Aktionen bequatscht hat).

Alle diese TATblätter sind bei uns übrigens noch lagernd (natürlich nurmehr in minimalen Restbeständen; Anm d Korrelerin).

Die bisher erschienenen Mathias N-Folgen sind übrigens auch gesammelt, und mit Heftklammer zusammengeheftet, zum Preis von S 20,— inkl. Porto erhältlich. Einfach ein zugespicktes Kuvert ans TAT-

blatt schicken, mit einem Bestellungszerterl und einer Zwanzig-Schilling-Banknote darinnen. (Und irgendwo eine Adresse hinschreiben; Anm d Korrelerin)(zB TATblatt, Gumpendorferstraße 157/11; 1060 Wien; Anm d Korrektoristen)(warum gerade auf den Zwanziger? Anm d Bruders (unter Autor)(so ein Blödsinn, ein Lehauter)(unterschätzt die Adressen nicht! Macht darüber keine Witze nicht, der Briefträger)(über die Anmerkungen müssen wir einmal ein ernstes Wort reden; Zitat auf einem Plenum von irgendwann) (Ja!; ich) (Du?) (Nein)  
(3)die Pläne (siehe Faksimile) werden zusammen mit allen möglichen anderen Notizen nachher natürlich verbrannt (vgl Folge 2)

nötige Distanz zu den Autos sicherzustellen. Dazu eignet sich Feuer, meint sie, am Allerbesten. Da können die AutofahrerInnen einfach nicht umhin, zu erkennen, daß da irgendwas gefährliches passiert, und den KettenspannerInnen steht dann auch mehr Zeit zur Verfügung. Obendrein erhält die Aktion dadurch einen noch viel spektakuläreren Charakter. »Aus Erfahrung kann ich nur sagen,...«, fährt sie fort, und würde sich im nächsten Moment am liebsten gleich die Zunge abbeißen, »also natürlich nicht aus Erfahrung...« korrigiert sie sich; »aus Büchern halt«, präzisiert Harald, »ja aus Büchern weiß ich, mein ich, also würd ich halt sagen, daß es aber ned so gscheid ist, einfach Benzin zu verschütten und anzuzünden, weil des wahrscheinlich zu lange dauern tät. Des Benzin kann man erst dann anzünden, wenn's fertig ausgeleert ist, weil sonst der oder die, was des Benzin hinleert, gleich mit-abgefackelt wird, und in der Zwischenzeit ist dann am End auch schon a Auto do, im ganz falschen Moment natirlich, und wusch, und des greßte Malleur is beinand. Denan im Auto, des ind Luft fliaht, gehts dann ordentlich dreckig, und uns a! Hingegen zwei »Mollis«(4), gach auf'd Straßen geworfen, des dauert zwa Sekunden und hat den selben Effekt. Und gegen so riesige Benzinkanister hat a Bierflaschen auch a praktisches Pocketformat.« Die anderen stimmen zu... Nur Hildegard S. meint, daß auf das Feuer eher verzichtet werden sollte. Es stelle nur eine zusätzliche Schwierigkeitsstufe dar. Das schnelle Kettenspannen müße halt geübt werden. Daß Autos unversehens in die Kette rasen, könne auch dadurch verhindert werden, daß mehrere rote Fetzen — freilich schon vorher — auf der Kette befestigt werden. Dies zu entscheiden, schoben unsere FreundInnen vorerst noch auf. Sie sind sich ja nicht einmal noch sicher, ob Ketten-Spannen überhaupt so gut ist. Vielleicht fällt ihnen noch was besseres ein — etwa in Verbin-

dung mit diesen unzähligen Strohballen, die derzeit massigst überall in der Stadt am Straßenrand herumliegen, um die Bäume vor der Salzstreuung zu schützen. Diese Strohballen sehen sie ohnehin nur als lächerliche Maßnahme an, mit der sich die Gemeinde Wien bloß die Legitimation zur Salzstreuung verschaffen will. Unsere FreundInnen sind aber gegen jegliche Salzstreuung überhaupt, selbst für den Fall, daß es einmal schneien sollte — dies war in den vergangenen Jahren immer ein Grund zur Aufhebung des ansonsten ergottlenen Salzstreuverbotes. Deshalb erachten die GenossInnen die Umwidmung der Strohballen in Blockadematerial als durchaus vertretbar.

Mathias wirft noch abschließend ein, daß endlich einmal zur Abwechslung die verschiedenen benötigten Materialien *rechtzeitig* besorgt werden sollten, und nicht erst am Hinweg zum Beispiel das Benzin und der Diesel bei irgendeiner Tankstelle gekauft werden dürfe. »Jaja« raunzen alle, »eh klar«.

**S**onntag 24. Jänner 1990, später Vormittag (weil's jetzt immer so schnell finster wird). Ein halbleerer Schnellbahnzug, irgendwo auf dem Weg in Richtung Stadtrand: Der »Zugchef« — als welcher er auf dem blauen Namenskärtchen, das er angesteckt trägt, unübersehbar ausgewiesen ist (im Volksmund bisweilen degradierenderweise als »Schaffner« abgetan, früher offiziell »Zugführer« bezeichnet) — kontrolliert die Fahrscheine einer siebenköpfigen Gruppe unauffälliger (naja) junger Menschen. Auf diese Situation waren die Sieben aber vorbereitet. In der Schnellbahn, wußten sie, wird in letzter Zeit ziemlich häufig kontrolliert. In Stadtrandnähe geschah dies aber auch früher schon regelmäßig. Sie hatten — mit schlechtem Gewissen, aber doch — vor Fahrtantritt die richtigen Streifen mehrerer Streifenkarten entwertet. Drei der GenossInnen waren ohnehin in Besitz von Monatskarten.

Zwei riesige Rucksäcke begleiten die Sieben. Rucksäcke in denen sich neben Brot, Käse, zweier Messer, drei Flaschen Bier (zum Trinken), einer Flasche Himbeer-Kracherl, zwei Tafeln Milchsokolade, einer Trauben-Nuß und einer Marzipan-Schokolade, vier Packerln Schnitten, sieben Kinderüberraschungseier, drei Packerl »Vergelt'sgott«-Recycling-Taschentücher (alles am Tag zuvor im Supermarkt eingefladert) auch etwas befindet, was beim Weg zum Bahnhof bei jedem Schritt ganz geheimnisvoll verräterisch geklimpert hat.

Am Stadtrand angekommen werden die Sieben darangehen, während eines netten Spazierganges durchs »Grüne« einen abgelegenen Platz zu finden, wo sie das Spannen der Ketten üben werden. Unter gar nicht so unrealistischen Bedingungen. Zwischen zwei Bäumen, die elf Meter voneinander entfernt sind. Sie werden es üben, und die Zeit stoppen, und nachher all das bereden, was ihnen als un-

erwartete Schwierigkeit noch aufgefallen ist.

Das Werfen von *Mollis* werden sie zu anderer Stunde an einem geeigneteren Ort auch noch gründlich ausprobieren (freilich ohne, daß es irgendwelche Leute mitbekommen)...

**B**ei alledem wird Mathias aber immer wieder auch von der Sorge eingeholt, was wohl in jenem RSA-Brief stehen mag, der auf dem Postamt nur darauf wartet, von ihm endlich abgeholt zu werden. Er ist drauf und dran, den letzten Abholtermin zu versäumen. Vielleicht steckt er ganz grausig tief in einem Schlammassel, das er bisweilen noch gar nicht richtig abzuschätzen vermag. Irgendwie fühlt er sich gar nicht richtig wohl bei dem Gedanken, zum jetzigen Zeitpunkt schon wieder »Sachen« zu machen. Wie wird das wohl alles enden?!

Im Traum erscheint ihm eine unendliche Schar oberlippenbebarteter, Zigarette oder Pfeife rauchender Gestalten in sandgrauen Trench-Coats, mit tiefsitzenden Hüten, dunklen Sonnenbrillen und krächzenden Funkgeräten. Sie kommunizieren untereinander nur über Funk und ausschließlich über die »Sprechstelle FM1« vermittelt, von der sie auch ihre Weisungen beziehen. Eine der Befehle — an alle gleichzeitig gerichtet — lautete: »Kommen Sie per Draht«, was bedeutete, sich umgehendst telefonisch in der Zentrale melden zu müssen. Wie ein wildgewordener Bienenhaufen stürmen sie allesamt auf die einzige Telefonzelle zu, die ihnen in diesem Traum zur Verfügung steht. Während sie gerade darangehen, eine ordentliche, disziplinierte Warteschlange zu bilden, stellt der vorderste (weil ranghöchste) Stapoziert in der Reihe ernüchert fest: »Diese Telefonzelle ist für Helmut Zilk reserviert!«(5) Ein leuchtend gelber Aufkleber neben den Telefon-Tasten beweist es. Die Beamten wissen weder ein noch aus.

Währenddessen reißt vor dem Parlament in Wien eine unidentifizierbare schwarzgekleidete Gestalt mit schwarzer Gesichtsmaske (ist es gar Mathias N. selbst?) das Rote aus der rot-weiß-roten Fahne, und erkennt erst nach dem mühevollen und gefährlichen Abstieg von dem riesigen Fahnenmast den unterlaufenden Fauxpas.

Unter tosendem Beifall abertausender Schaulustiger wird endlich die Mauer um den Augarten niedergerissen und die lückenlose Zerstörung sämtlicher Fahrscheinentwerter (durch Einschieben kurzer Superkleber-beträufelter Kartontstückchen) und die Störung aller Fahrscheinautomaten (durch Ankleben einer Münze über den Münzeinwurfsschlitz mittels Superkleber) beschert erstmals seit dem zweiten Weltkrieg (sehen wir von U-Bahneröffnungen und dergleichen ab) uneingeschränkte Reisefreiheit.

Fortsetzung folgt.

#### Fußnoten:

(4) »Mollis«, mundartliche Kurzform für Molotow-Cocktail, jenem explosiven Gemisch aus 1/3 Benzin, 2/3 Heizöl oder Diesel, daß in eine (zB) Bier-Flasche gefüllt wird, die nachher *hundertprozentig* dicht zugestöpselt wird. Dabei wird ein von innen herausführender Stoff-Fetzen miteingezwängt. Im Anwendungsfalle wird dieser — feucht angesaugte — Stoff-Fetzen angezündet, und die Flasche wie ein Schlagball geworfen. Profis schwören auf Kapsreiter-Bierflaschen wegen des für solche Zwecke prädestinierten Verschlusses (so ein wiederzumachbarer, mit Drahtgestell und so. Dieser Qualitätsverschluß ermöglicht den austropfsicheren Transport und Wurf. Der Stoff-Fetzen läßt sich bequem am Drahtgestell festmachen — nachdem er kurz mit dem Flascheninhalt befeuchtet wurde).

Sowie die Flasche am Boden auftrifft und zerschmettert, kommt das Gemisch mit der Flamme zusammen, was explosionsartige Folgen nach sich zieht. Während das Benzin die Explosion fördert, ermöglicht der Diesel (das Heizöl), das Weiterbrennen am Asphalt.

(5) vgl TATblatt minus 80

# Neonazismus in der DDR

(TATblatt-Wien)

Mit altbewährten Mitteln schein die SED-Führung wieder nach der Macht zu streben, erklärte der/die SprecherIn des Abendjournals als Einleitung eines Berichtes über jene Demonstration gegen Rechtsradikalismus in Berlin/Hauptstadt, an der vorvergangene Woche über 250 000 Menschen teilgenommen haben. Die offiziellen und offiziellen Medien trachteten danach, Antifaschismus als "alten kommunistischen Schmä" hinzustellen, der, inhaltlich natürlich völlig unbegründet, lediglich zur neuerlichen Machtergreifung der Stalinisten benutzt werden soll. Die Westberliner SED schob noch ein Schauflein nach, indem sie sich öffentlich fragte, ob "angesichts nur weniger tausend registrierter Neofaschisten in der DDR" ein solches Vorgehen der SED-Führung überhaupt angemessen sei (mit Blick auf SPD-Entwicklungen wie §129a oder dem Vorgehen gegen HausbesetzerInnen in Westberlin kann mensch nur sagen: si tacuisses, philosphus mansisses!).

Die im folgenden abgedruckten Texte stellen das Geschehen in der DDR wieder in ein richtigeres Licht. Rechtsradikalismus ist in der DDR ebenso eine gesellschaftlich nicht zu übersehende Erscheinung wie in der BRD oder in Österreich. Die "Sicherheitsbehörden" der DDR scheinen ebenso wie ihre bundesdeutschen und österreichischen KollegInnen Nazis recht entgegenkommend zu behandeln. Leise klingt sogar der Vorwurf der Zusammenarbeit zwischen Nazis und "Volkspolizei" an (was ja für uns hierzulande ABSOLUT NIX NEUES WÄRE).

Um das Ausmaß rechtsradikaler Aktivitäten zu verdeutlichen: Der Beitrag über die Jagd auf AusländerInnen anlässlich der FDJ-Tage in Weimar ist jenem im Interview erwähnten ANTIFA-INFOBLATT aus Berlin/Hauptstadt entnommen. Diese hektographierte Zeitung ist voll solcher und ähnlicher Berichte von Überfällen organisierter FaschistInnengruppen. Die Intensität der inhaltlichen Auseinandersetzung der unabhängigen DDR-Gruppen mit dem "Phänomen Rechtsradikalismus" beweisen die ebenso in diesem (recht dicken) Infoblatt abgedruckten Analysen über Ursachen und Ausmaß des Rechtsradikalismus überhaupt und in der DDR (die wir aber aus Platzgründen nicht abdrucken können).

Als wesentlich erscheint uns, daß die SED durch das Entstehen einer Vielzahl unabhängiger linker Basisgruppen, die sich mit Rechtsradikalismus in der einstmal angeblich sozialistischen DDR auseinandersetzen, in Zugzwang zu geraten scheint. Und obwohl der Berichterstatter über die Umwälzungen in den Ländern des ehemals "real existierenden Sozialismus" in den Medien breiter Raum eingeräumt

wird, scheint die Arbeit eben jener linken Gruppen darin nicht vorzukommen. Die Demonstration der 250 000 war nach offizieller Lesart eben eine Veranstaltung der SED-PDS, und nicht, wie in Wirklichkeit, die einer Vielzahl kleiner Antifa-Gruppen und der SED.

Wir werden daher auch in Zukunft versuchen, Positionspapiere bzw. Informationen von und über unabhängige linke Gruppen in der DDR zu ergattern, zu veröffentlichen und zur Diskussion zu stellen. Wir könnten uns vorstellen, daß auch die Aktiven dieser Gruppen in der DDR an einer Auseinandersetzung interessiert sind. Beiträge leiten wir gerne

weiter.....(bzw. werden wir sie natürlich auch veröffentlichen. Wir kündigen also hiermit die Verzehnfachung des Abo-Preises — parallel zur Vergrößerung des Umfangs — in nächster Zukunft an.)

Ein Bericht über die Aktionswoche in Leipzig folgt in der Nummer -77.

PS.: Die geschlechtsneutralere Schreibweise haben wir in die verschiedenen Texte "hineinzensuriert"

PPS.: Achtung!! Genießt dieses TATblatt besonders intensiv, es könnte eines der letzten sein (Wir gehen jetzt nämlich alle nach drüben)(noch vor der Verzehnfachung?; Anm eines Anderen).

## Erklärung des "Bundes unabhängiger Sozialisten (B.U.S.)" der DDR vom 9.12.1989

Die Zeit ist reif!

Alle Kräfte, die sich für eine wirkliche sozialistische Alternative gegen Stalinismus und Kapitalismus auf dem Boden der DDR einsetzen, müssen sich sammeln, denn unser Land ist in einer Existenzkrise.

Linkes und sozialistisches Denken und Handeln ist jahrzehntelang durch eine stalinistische SED-Führung behindert worden.

Es muß ein Bund geschaffen werden, der basisdemokratisch organisiert ist und ohne autoritäre Zentrale alle sozialistischen Kräfte zur Aktion vereint.

Deshalb betrachtet sich der B.U.S. als Teil der Initiative Vereinigte Linke und will mit allen linken und sozialistischen Kräften solidarisch und gleichberechtigt zusammenarbeiten.

Ziel des Bundes ist es, zum Aufbau einer Gesellschaft beizutragen, die auf Grundlage vorwiegend gesellschaftlichen Eigentums, verbunden mit einer solidarischen und ökologisch sinnvollen Lebensweise, in der Lage ist, sich demokratisch selbst zu bestimmen.

Dabei versteht sich der Bund als konsequent sozialistisch, demokratisch, ökologisch, emanzipatorisch und internationalistisch.

Wir treten gegen jede Form des Rassismus, der AusländerInnenfeindlichkeit und des Rechtsradikalismus auf, und setzen uns für den Schutz der Minderheitenrechte ein.

SOZIALISTISCH heißt:

- das bürokratisch okkupierte Eigentum in wirkliches Volkseigentum zu überführen.
- diese Eigentümerfunktion durch demokratische Selbstbestimmung der Werktätigen zu verwirklichen. So übernehmen sie endlich die demokratische Kontrolle über den Produktionsprozeß bis hin zur Selbstverwaltung.
- die individuellen und kollektiven Menschenrechte zu sichern, einschließlich des Rechtes auf Arbeit, soziale Sicherheit in Freiheit und Menschenwürde und der Bildungsgerechtigkeit.

DEMOKRATISCH heißt:

- die ungeteilten Menschenrechte und freie Individualität des Einzelnen/der Einzelnen in einer politischen Demokratie zu verwirklichen. In ihr müssen Formen direkter Demokratie wie Volksentscheide, Volkskontrollausschüsse und Betriebskomitees entfaltet werden.

ÖKOLOGISCH heißt:

- konsequent die Industriegesellschaft ökologisch umzubauen. Dies bedeutet u.a., quantitatives durch qualitatives Wachstum zu ersetzen.

- konsequent ökologisch vorzusorgen, statt halbherzig nachzusorgen. Heute muß allerdings ein ökologisches Notstandsprogramm Vorrang haben.

EMANZIPATORISCH heißt:

- für die allseitige freie Entwicklung jedes Menschen einzutreten.

- In allen gesellschaftlichen Bereichen der Vereinseitigung der Persönlichkeit von Frau und Mann entgegenzutreten.

- zu vertreten, daß die Frauenfrage kein gesellschaftliches Randproblem ist, sondern ein existenzielles.

INTERNATIONALISTISCH heißt:

- nationale Ökonomie und Politik global auszurichten und aktiv an der Lösung der weltweiten politischen- und Umweltprobleme teilzunehmen.

- aktiv gegen die Spaltung der Welt in einen reichen Norden und einen armen Süden zu kämpfen.

- den Befreiungskampf der Völker gegen koloniale und neokoloniale Unterdrückung zu unterstützen. Dabei hat gewaltfreie politische Konfliktlösung Vorrang.

Verabschiedet von SprecherInnen, die Gruppen aus Leipzig, Berlin, Rostock, Schwerin, Potsdam, Cottbus, Dresden, Freiberg und Karl-Marx-Stadt repräsentieren.

## Interview mit 3 MitgliederInnen einer autonomen Antifa-Gruppe aus Berlin/Hauptstadt der DDR:

**Frage:** Seit wann gibt es denn eure Gruppe und wieviele seid ihr?

**A:** Unsere Gruppe gibt es seit April 1989. Sie ist entstanden, weil sich einige Leute gesagt haben, daß endlich ein bißchen geordneter und konstruktiver gegen das rechte Potential in der DDR vorgegangen werden muß und daß dazu eine möglichst große Antifagruppe geschaffen werden sollte. Wir haben dann zu einem ersten Antifa-Tag eingeladen, und da waren ca. 200 Leute. Daraus bildete sich dann die Gruppe, die wir jetzt sind. Aktive sind wir jetzt zehn bis fünfzehn; zu Plena kommen bis zu vierzig Leute.

**F:** Wieso? Gibt es denn noch andere Antifagruppen in Berlin/Hauptstadt?

**A:** In Betrieben werden jetzt Antifagruppen gegründet, vom Neuen Deutschland (dem Betrieb; TATblatt) ist uns das z.B. bekannt. Oppositionsgruppen wie das Neue Forum haben auch eigene Antifagruppen. Es gibt auf jeden Fall schon mehrere. Neuerdings haben wir auch Kontakte zu SchülerInnen-Antifagruppen, die es schon reichlich länger gibt als uns; so etwa zwei Jahre. Daneben gibt es Kontakte zu Gruppen in Dresden, Halle, Rostock und Frankfurt/Oder.

**F:** Wie weit hat eure Arbeit mit der Kirche zu tun?

**A:** Lange Zeit war es gar nicht möglich gewesen, außerhalb der Kirche eigene Sachen zu starten, darum haben einige Gruppen in den Kirchen ihre Räume. Wir haben keine direkte Verbindung zur evangelischen Kirche. Wir können in den Räumen tun, was wir wollen. Da redet uns keine/r rein.

**F:** Wie stark ist der Rechtsradikalismus in der DDR?

**A:** Probleme mit Rechtsradikalen gibt es bei uns etwa genauso lang wie in der BRD. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde zwar ein bißchen besser entnazifiziert, aber längst nicht vollständig. Zum größten Teil wurde nur in den "oberen Ebenen" entnazifiziert und so haben wir es heute viel mit Altnazis zu tun, echten Kneipennazis, die mehr das ideologische 'reinbringen. Direkt auf der Straße konfrontiert sind wir aber mit den Neonazis. Wie in der BRD kam hier anfang der 80er die Skinhead-Bewegung auf und wir können davon ausgehen, daß die meisten Skinheads rechtsradikal sind. Es gibt aber auch reine Neonazis, die mit den Skinheads nichts zu tun haben. Die sind sehr stark organisiert in der DDR. Das läuft alles im Untergrund, denn offiziell ist nichts möglich. Das ist das einzige, was mensch dem Staat zugute halten kann. Es ist deswegen aber auch sehr schwierig, darüber Informationen zu bekommen. Die Faschos sind nach einer strengen Führerstruktur organisiert und treffen sich konspirativ.

**F:** Hat sich nach dem 9.11.89, dem Tag, an dem die Mauer geöffnet wurde, etwas ver-

ändert?

**A:** Ja, für die rechtsradikalen ist es jetzt viel leichter, an Waffen oder Schulungsmaterialien heranzukommen. Wir gehen auch davon aus, daß sie noch mehr mit Westberliner oder Westdeutschen Neonazis zusammen Aktionen machen. Diese Beziehungen gab es aber schon vorher, bloß durch einseitige Besuche. Jetzt sind sie zweiseitig.

**F:** Welche westdeutschen Gruppen sind das, wißt ihr da was?

**A:** Vorwiegend mit Republikanern. Da sind aber noch die Beziehungen der Fußballskins untereinander; So sind z.B. Westberliner Fußballskins regelmäßig beim BFC oder bei der Union zu finden. Ganz sicher wissen wir, daß in Wollgast vorigen Sommer eine Gruppe von 15 Personen verhaftet worden ist. Die haben sich den Namen einer SS-Leibstandarte von Adolf Hitler gegeben. Die Polizei und der Staatssicherheitsdienst waren derart desinformiert, daß sie nicht gewußt haben, ob sie den Kern der Gruppe gefaßt haben oder nur ein paar MitläuferInnen. Das will in der DDR schon was heißen. Die Information haben wir aus einer SED-internen Information.

**F:** Die Nazis in der BRD und Österreich greifen in den letzten Jahren immer öfter ihre "Gegner" an. Früher waren das meist "Ausländer", und das ist uns Linken nicht so aufgefallen. Jetzt überfallen sie verstärkt Linke,

linke Gruppen und ihre Treffpunkte. Wie ist das in der DDR?

**A:** Es werden hauptsächlich Einzelpersonen und kleinere Gruppen angegriffen, z.B. die Punks aufm Alex (Alexanderplatz in Berlin/Hauptstadt). Am 17.10.87 war ein Punkkonzert in der Zionskirche hier in Berlin. Nach Ende des Konzerts ist dort eine große Gruppe Skins angerückt, sind aufs Kirchengelände rauf und haben die Punks verprügelt. Ein paar von den Skins wurden auch gefaßt und verurteilt. Das Urteil entsprach aber nicht dem, was mensch sich davon versprochen hatte; d.h., es war sehr mild. Die Sicherheitsorgane gehen mit solchen Leuten lasch um. Die begrüßen das natürlich, wenn die Faschos gegen Linke vorgehen, weil die Linken sind ja unbequem. Eine Folge der Faschoangriffe in Berlin ist, daß die Punkszene hier systematisch ausgemerzt wurde. Aus Angst vor Übergriffen laufen viele lieber nicht mehr als Punks herum. Wir wissen von organisierten Überfällen in Weimar. Weimar ist eine Kleinstadt, und da haben ca. 160 (!) neofaschistische Skinheads gezielt Jagd gemacht auf AusländerInnen und Punks. Daß das gezielt war und das sie "schwarze Listen" haben mußten, haben wir daran gemerkt, daß aktive Leute aus der Antifa-Bewegung systematisch alphabetisch aufgesucht wurden. Deren Wohnungen wurden dann zerstört und die Leute zusammengeprügelt. Die Aktiven,

Aufruf zu einer "Aktionswoche gegen Rechts" vom 14.1.1990 bis 21.1.1990 in Leipzig

Auszug aus einem Aufruf der "Initiativgruppe für eine Vereinigung der Linken (Bohlener Plattform)"

"Rechts ist für uns alle Politik

- die offen faschistisch oder neofaschistisch ist.
- die rassistische Vorurteile propagiert und herausfordert und gegen soziale, gesellschaftliche oder nationale Minderheiten gerichtet ist
- die in der Tradition des deutschen Nationalismus die Einverleibung der DDR in die BRD fordert und unterstützt.
- die undemokratische und diktatorische Konzepte gesellschaftlicher Entwicklung vertritt
- die auf die Restauration des durch die demokratische Volksrevolution gestürzten stalinistischen Regimes abzielt
- die Frauen sozial und gesellschaftlich diskriminiert.

(...)

Die Aktionswoche soll am 14.1. mit einer Manifestation zum Gedenken an Rosa und Karl beginnen, die kreativ die hohlen Rituale stalinistischer Vergangenheit durchbrechen soll, die diesen Gedenktag mißbraucht hat.

Im Zentrum dieser Manifestation soll die wahrhaft demokratische Tradition der Linken in Deutschland stehen.

Schwerpunkt soll u.a. die Frauenfrage, die Verfolgung von Minderheiten durch Stalinismus und Faschismus, das Aufkommen und Erstarken des Neofaschismus in der DDR sein.

(...) Öffentliche Rundtischgespräche mit ExpertInnen, Prominenten und AktivistInnen (sollen) zu folgenden Themen stattfinden:

- Tendenzen des Faschismus, Neofaschismus und Rechtsextremismus in der DDR
- Die "deutsche Frage" im internationalen Kontext
- Emanzipation der Frau als Grundlage für einen freiheitlichen und demokratischen Sozialismus in der DDR
- Ökonomische Perspektiven der DDR aus linker Sicht
- Werte eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus durch Verwirklichung eines ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft und entsprechender alternativer Lebensweisen.

Enden soll die Aktionswoche am 21.1. mit einem Forum der Leipziger Werktätigen zur aktuellen Lage unserer Stadt und einer Aktion von KünstlerInnen(...)."

die von diesen Überfällen betroffen waren, kamen aus dem autonomen Forum von Weimar oder aus Gruppen von organisierten GastarbeiterInnen und AusländerInnen, von denen es viele gibt in Weimar und die sich aktiv gegen Neofaschismus wehren. Das ging bis zum vorigen Sommer so. Inzwischen sind wohl die meisten Skinheads in die BRD gegangen, aber es sind noch immer zu viele davon in Weimar zu sehen.

**F: Woran arbeitet ihr eigentlich zur Zeit ganz konkret?**

**A:** Wir sind gerade dabei, ein umfassendes Konzept für unsere Arbeit zu erstellen. In diversen Plena versuchen wir auf das Problem des Neofaschismus aufmerksam zu machen. In den Räumen der Kirche haben wir einen Matrizendrucker, das ist die typische Oppositionsdruckmaschine in der DDR. Mit diesem Gerät erstellen wir das erste und zur Zeit noch einzige Antifa-Info in DDR, jetzt gerade die dritte Ausgabe. Wir versuchen, die Bevölkerung aufzuklären, denn viele denken, daß das Problem des Nazismus und Faschismus nach 1945 aufgehört hat. Dieses Denken

ist sehr verbreitet.

Eine Gruppe beschäftigt sich mit einer Fotodokumentation von Rechtsradikalen, deren Schmierereien und all dem, was von denen ausgeht. Es ist geplant, mit diesen Fotos eine Ausstellung zu machen. Eine andere Gruppe will zu diesem Thema Theater machen und wieder eine andere beschäftigt sich speziell mit der AusländerInnenfeindlichkeit in der DDR. AusländerInnenfeindlichkeit ist in der DDR nicht nur unter Neonazis, sondern in weiten Kreisen der Bevölkerung weit verbreitet.

**F: Habt ihr Angst vor Schwierigkeiten mit dem Staat oder mit den Faschos, wenn ihr euch in der Antifa engagiert?**

**A:** Also das mit dem Staat hat sich zwar unserer Ansicht nach noch nicht erledigt, aber es hat sich einiges verändert. Was aber Faschos und Skinheads betrifft, haben wir schon Angst, 'mal beim 'rumlaufen alleine in einer dunklen Straße von so einer Horde überfallen zu werden. Wir können kein Karate und haben auch keine (Tränengas-;Anm.TATblatt)Sprays; klar, daß Mensch da Angst hat.

**A:** Angst vor staatlichen Maßnahmen, ...naja,

Angst kann ich vielleicht nicht sagen, aber persönlich hab ich Schwierigkeiten gekriegt, weil ich vielleicht schon ein bißchen länger dabei bin. Es ist schon ein komisches Gefühl, wenn mensch Schwierigkeiten mit dem so antifaschistischen Staat bekommt wegen antifaschistischer Tätigkeit. Und wenn man von staatlichen Organisationen zurückgewiesen wird, wie uns das bei der FDJ (1) passiert ist. Die haben uns praktisch nicht zur Kenntnis genommen.

**F: Das Thema Wiedervereinigung ist ja groß in Mode gekommen, vor allem im Dezember. Was denkt ihr euch so dazu und was macht ihr zu der Sache?**

**A:** In der DDR sind viele

für eine Wiedervereinigung. Wir sind da dagegen, ganz klar. Wir müssen uns jetzt klar überlegen, wie wir auf die Wiedervereinigungsforderung reagieren. Wenn hier nämlich wirklich ein Volksentscheid zu der Frage durchgeführt wird, dann sehen wir schwarz; dann wird's zur Wiedervereinigung kommen. Wir wenden uns klar gegen die "Wiedervereinigung" mit der BRD (2), auch wenn es wirklich zu dieser kommen sollte.

Wir machen zu dem Thema auch Öffentlichkeitsarbeit. Ganz leicht ist das aber nicht. Wir waren auf der Demonstration am 7.12.1989. Das ist eine Demonstration, die seit Mai an jedem 7. im Monat gemacht wird; eben wegen dem Wahlbetrug damals. Als wir da auf den Alex kamen, sahen wir zu allererst ein Transparent für die Wiedervereinigung und dann auch gleich eine schwarz-rot-goldene Fahne. Da standen auch viele Leute inhaltlich dahinter. An unseren Arbeitsplätzen mußten wir das auch erfahren.

**F: Wie und was berichten die Medien in der DDR über Neofaschismus in der DDR. Wie war das vor dem 9.11. und wie ist es jetzt?**

**A:** Vor dem 9. war die ganze Sache ziemlich mau (aso!; Verstehe; Anm ein Lehafter). Ausnahme war da nur die Geschichte mit der Zionskirche, die wir schon vorher erwähnt hatten. Ansonsten großes Schweigen. Nach offizieller Lesart gab es das Problem gar nicht, oder wenn, dann waren das nur Einzelfälle, die aus der BRD oder Westberlin hereingetragen worden sein sollen. Seit dem 9.11. ist aber schon eine minimale Steigerung der Aufmerksamkeit der Medien gegenüber Neonazis festzustellen.

**F: Wo sind eurer Ansicht nach die Unterschiede zwischen eurer Arbeit und die ähnlicher Gruppen in der BRD oder Österreich?**

**A:** Also zuerst einmal ist da die Gewaltdiskussion. Wir sind uns in dem Punkt nicht einig. Es gibt bei uns Leute, die für absolute Gewaltlosigkeit sind, andere nur für Selbstverteidigung und wieder andere für offensiveres militantes Vorgehen gegen Neonazis. An einem Arbeitswochenende werden wir in den nächsten Wochen diese Frage versuchen, auszudiskutieren. Da wirds aber sicher recht heiß hergehen. Ein anderer Unterschied zu euren Antifagruppen ist wahrscheinlich noch deren antikapitalistischer Ansatz, den wir so bisher noch nicht haben. Die Diskussion muß wohl auch noch geführt werden.

(1)FDJ: Freie Deutsche Jugend; Jugendverband der SED

(2)Der Begriff Wiedervereinigung ist ohnehin völlig irreführend, denn tatsächlich existiert hat ein "einig deutsches Vaterland" ohnehin nur von 1871 bis 1945, also ganze 74 Jahre lang. Aber vielleicht liegt gerade darin ein nicht unbedeutender Grund für die zur Zeit herrschen nationale Besoffenheit in DDR und BRD.

In Erweiterung des Morgenthauptplanes fordern wir:

### Keine ungeteilte Bananenrepublik!

### Für ein Deutschland in den Grenzen von 1812!



Damit der 3. Weltkrieg auf den Freistaat Oggersheim begrenzt bleibt:  
Staatliche Vielfalt statt nationaler Einfall!  
Zwei deutsche Staaten sind viel zu wenig! Die Geschichte hat gezeigt, daß viel mehr möglich sind.  
Lieber 20 Staaten als ein tausendjähriges Reich!

#### Wir fordern:

- Weg mit der Mauer, in Stammheim, Celle und Ummeln
  - offene Grenzen für Flüchtlinge, Um- Aus- Ein- und Übersiedler
  - Reisefreiheit für alle politischen Gefangenen
  - Währungsvielfalt
  - Trennung von Staat und Kohl
  - Zusammenführung von Kohl und Horcker
  - Ostberliner Verkehrstarife für den VOW
  - Mietspiegel wie in Leipzig
  - Bundeswehr und BGS in den Wohngebäu
  - Begrüßungsgeld täglich - für alle
  - freie, gleiche und geheime Wahl der Betriebsleitungen bei Elges, Oetker usw.
  - planmäßige Drosselung des Arbeitstempus und der Arbeitszeit
  - Daimler zum VEB Kraftwagenkombinat Roter Ⓢ
- Von der Sowjetunion lernen heißt siegen lernen  
Arbeitsgruppe Wiedervereinigung

# USA in Panama

## Am 20. Dezember 1989 starteten die US-Truppen ihre Intervention in Panama.

Lange hatte Washington gute Kontakte zur Armee Panamas gepflegt, Noriega selbst stand seit 1966 auf der Gehaltsliste des CIA - sein damaliger Chef: George Bush. Was trieb die USA dazu, mit ihrem langjährigen Verbündeten zu brechen?

(TATblatt-Wien)

Die offizielle Begründung des Weißen Hauses für die Intervention - Wiederherstellung der Demokratie, Schutz des Lebens der US-BürgerInnen, Wahrung der Panamakanalverträge und die Ergreifung Noriegas, um ihn wegen Drogenhandels vor Gericht zu stellen - erscheinen angesichts langjähriger US-Praktiken als wahre Ironie. Gegenüber Ländern wie Paraguay und Haiti, bei deren Wahlen es zu massiven Unregelmäßigkeiten kam und wo Menschenrechtsverletzungen zumindest ebenso an der Tagesordnung stehen, wie in Panama, war Washingtons Ruf nach Demokratie noch nie zu hören. Auch 1984, als der US-freundliche Nicolas Ardito Barletta zum panamaischen Staatspräsidenten gekürt wurde, hatten die USA nichts einzuwenden, obwohl viel dafür sprach, daß die Wahl nicht mit rechten Dingen zugegangen war.

### DROGEN

Auch der Anklage wegen Drogenschmuggels fehlt bisher jeder Beweis. Noch im Jahre 1986 bescheinigte der Chef der US-Drogenbehörde DEA Noriega "enge Zusammenarbeit" bei der Bekämpfung des Drogenschmuggels. Ironischerweise stärkte gerade diese Kooperation der US-freundlichen Opposition den Rücken: Als im Mai 87 als Teil einer DEA-Operation 52 panamaische Bankkonten eingefroren, 77 Mio. US-Dollar und 21.000 Pfund Kokain beschlagnahmt und 413 Personen festgenommen wurden, kam es in der Folge zu einer Kapitalflucht von mehr als 4 Mrd Dollar. Der Vorstoß gegen das traditionelle Bankgeheimnis Panamas führte zur Panikstimmung innerhalb des Finanzsektors und erklärt auch, warum seither die Industrie- und Handelskammer in der politischen Opposition eine so wichtige Rolle spielte.

### DER KANAL - MILITÄRISCHE NABELSCHNUR DER USA

Gerade jene Kanalverträge, deren Einhaltung sie nun angeblich durch die Invasion garantieren wollen, sind ein Dorn im Auge der USA. Nach langen zähen Verhandlungen zwischen dem damaligen panamaischen Präsidenten Torrijos und US-

Präsident Carter sicherten 1977 die USA die schrittweise Übergabe des Kanals an Panama vertraglich zu - nach 74 Jahren unumschränkter Herrschaft über die Wasserstraße (und einer 8 km breiten Zone beiderseits davon), die sogar das Interventionsrecht der USA in Panama beinhaltete. Die Kanalverwaltung wurde einer gemeinsamen Kommission übertragen, deren Vorsitz ab 1990 Panama innehaben sollte. Laut Vertrag müssen bis Ende 1999 alle Militärs und Militäreinrichtungen der USA verschwunden sein, im Jahr 2000 sollte Panama die vollständige Souveränität über den Kanal erhalten.

Der Panamakanal ist aber mehr, als nur eine Wasserstraße. Immerhin 50% der US-Ölimporte und 45% der Exporte gehen durch den Kanal. Aber den größten Verlust für die USA bedeutet die Aufgabe der militärischen Stützpunkte. Aufgrund seiner strategischen Lage ist das US-Südkommando für die militärische Kontrolle ganz Mittel- und Südamerikas zuständig. Von hier aus, wurden sowohl die Invasion in Grenada 1983 als auch die Aufstandsbekämpfungsmaßnahmen gegen die Guerilla in El Salvador und die Contraaktivitäten in Nicaragua organisiert. Auch beim Malwinenkrieg 1982 zwischen Argentinien und Großbritannien erwies sich das Südkommando hilfreich. Als besonders effizient zeigte sich die Ausbildung von mehr als 42.000 lateinamerikanischen Offizieren, unter ihnen Anastasio Somoza und Augusto Pinochet.

Grund genug für die USA, alles daran zu setzen, eine US-freundliche Regierung in Panama zu schaffen. Träumte Bush doch schon im Mai des Vorjahres, an die Streitkräfte Panamas gerichtet: "Liebend gerne hätte ich, wenn sie ihn (Noriega, Anm.) ausschalten würden" (El Pais, 15.5.1989)

### "AKTIVE DIPLOMATIE" DER USA

Seit 1985 betreiben die USA in Panama "aktive Diplomatie": Seit damals verweigert das Land die Unterstützung der Contras in Nicaragua und zeichnet sogar als Gründungsmitglied der Contadora-Initiative, die sich um eine Beilegung des mittelamerikanischen Konflikts bemüht. Von John Pointdexter, dem damaligen Reagan-Sicherheitsberater, vor die Wahl gestellt, sich entweder aus der Contadora-Gruppe zurückzuziehen und die Contras zu unterstützen oder aber zurückzutreten, wählte Noriega keines von beiden.

Als eines der (wirkungsvollen) Mittel zum Zweck nutzten die USA ihre Finanzmacht im Kanalstaat. Seit April 1988 haben sie Panama mit Wirtschaftssanktionen belegt (Nichtbezahlung der Kanalgebühren, Beschlagnahme panamaischer Regierungsgelder, Entzug der Wirtschaftshilfe usw.), in deren Folge die Wirtschaft Panamas um 25% geschrumpft ist. Zu



*Straßenblockade bei einer Panama-Solidemo in Wien am 21. Dezember 1989*

spüren bekamen es die mittleren und unteren Einkommensschichten: Die Arbeitslosenrate stieg von 11,6% (87) auf 23% (88). Die gesunkenen Staatseinnahmen wirkten sich auf öffentliche Einrichtungen aus: In Schulen und Krankenhäusern fehlt es an Material und Medikamenten.

### PROVOKATIONEN DES SOUTHERN COMMAND

In den letzten Monaten schien Was-

hington auf eine Destabilisierung des Kanalstaates abzielen, um eine US-Intervention zu rechtfertigen. Unter dem klangvollen Namen "Nimrod Dancer" ließen die USA nach den annullierten Wahlen vom 7. Mai des Vorjahres 2000 zusätzliche Soldaten "eintanzen", die sich seither mit den 10.000 dort ständig Stationierten in den US-Militärbasen drängten.

Anfang August blockierten die US-Streitkräfte das panamesische Forts Amador, um die Freilassung von zwei inhaftierten Militärpolizisten zu erzwingen. Am 15.8. kreisten US-amerikanische Kampfhubschrauber über der Hauptstadt Panamas und machten Landemanöver, um "den diplomatischen Sitz der USA zu schützen". Einmal hielten es die USA sogar für nötig, den korrekten Transport ihrer Post von der Militärbasis am Kanal bis zum Flughafen zu überprüfen - mittels 12 Panzer, die quer durch die panamaische Hauptstadt fuhren.

### PANAMA VON "INNEN"

Neben den steten Provokationen von außen und den wirtschaftlichen Schwierigkeiten herrschte auch innere Unruhe. Der von Torrijos in den 70er Jahren erreichte nationale Konsens ging nach dessen Tod

verloren und wurde immer mehr durch interne Kontrollen und Einschüchterungsmethoden ersetzt. Die Übergriffe der Militärs riefen heftige Unruhen in Panama hervor. Viele ArbeiterInnen, BäuerInnen, StudentInnen und IndianerInnen fühlten sich durch die Regierung nicht mehr vertreten und verweigerten ihr die Unterstützung. Für einige war es die wirtschaftliche Lage, die die Leute dazu bewegte, die bürgerliche ADOC ("Demokratische Allianz der staatsbürgerlichen Opposition", Bündnis der Rechtsparteien), die eine Lösung der Krise mit Hilfe der Vereinigten Staaten versprach, zu unterstützen, für andere der Unmut über nie eingehaltene Versprechen, wie zB die Rücknahme der unsozialen Arbeitsgesetze, die im Hinblick auf die Forderungen des Internationalen Währungsfonds erlassen wurden. Korruption, Machtmissbrauch und die fehlende Übereinstimmung politischer Program-

me mit den Anliegen des Volkes haben die Glaubwürdigkeit der Regierung erschüt-



Transparent bei Stadtbahnstation Michelbeuern-AKH in Wien

tert und die Menschen in die Arme des guten, reichen "großen Bruders" getrieben.

### DIE INVASION

"Wir würden einen schrecklichen politischen Preis zahlen" warnte noch vor einem knappen Jahr das US-Verteidigungsministerium vor einem Einmarsch in Panama (Newsweek, 22.5.1989) und ein Militärexperte schätzte die voraussichtliche Zahl der Opfer unter den US-Soldaten auf 1000, "was viele Amerikaner als zu hoch einschätzen würden" (Lateinamerika Nachrichten, Juni 1989). Dennoch ließen es sich die USA nicht nehmen, im Schatten der Ereignisse in Rumänien in ihrem "Hinterhof" aufzuräumen, um die eigenen Interessen zu sichern. Mit einem Aufgebot von 30.000 Mann gingen sie auf die Suche nach dem General und bombardierten dabei die Zentralkaserne im dichtbesiedelten Armenviertel der Hauptstadt. Wieviele Todesopfer, Verletzte und Obdachlose dieser Krieg bisher gefordert hat, wird offiziell nicht bekannt gegeben. Der Ex-US-Justizminister Clark nannte eine Zahl von 4000 Toten unter der Zivilbevölkerung, ca 13.000 Menschen haben ihre Wohnstätte verloren. Aber wen kümmern solche Zahlen angesichts der Opfer in Rumänien noch?

Nach den Worten des Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses im US-Senat, Sam Nunn, dürfen wir jedenfalls in Zukunft öfter mit derartigen Situationen rechnen: "Wir haben durch sie (die Invasion, Anm.) das Selbstvertrauen gewonnen, derartige Operationen auch anderswo durchzuführen".

Quellen:

- \*APIA
- \*Dritte Welt 7/89
- \*Lateinamerika-Nachrichten 6/89
- \*ila-Info 112/88, 117/88, 125/89, 128/89

# Verlag für Gesellschaftskritik

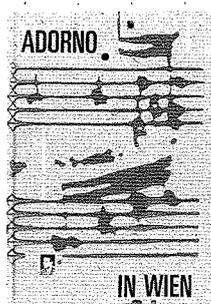
Autoreninitiative Verlag für Gesellschaftskritik, Kaiserstraße 91, A-1070 Wien, Tel. 0222/96 35 82

Heinz Steinert

**Adorno in Wien**  
Über die (Un-)Möglichkeit von Kunst,  
Kultur und Befreiung

Wien 1989, ISBN 85115-113-5, 240 Seiten, 10 Abbildungen, 6S 278,-/DM 39,-

"Adorno hat allerdings Wien nicht wirklich verstanden." Nachgeboren und zu spät gekommen, hat er ein vergangenes Wien und eine vergangene "Revolution" idealisiert, deren höchst handfeste materielle Bedingungen nicht untersucht. Die damaligen Wiener Zustände - die Subkulturen, die Kämpfe der Intellektuellen um den Zugang zu ihren "Produktionsmitteln", der Elitismus, in den sie getrieben wurden - werden von Steinert ausführlich dargestellt und dokumentiert.



Initiative Bildung (Hg.)

**Der Sex-Koffer**

Was Sie schon immer darüber wissen wollten

Wien 1989, ISBN 3-85115-106-6, 128 Seiten, 6S 148,-/DM 22,-

Seit drei Jahren versuchen katholische Gruppierungen, die Herausgabe der Unterrichtsmaterialien für den Sexualunterricht zu verhindern. Dieses Buch dokumentiert den sehr österreichischen Streit um diesen "Sex-Koffer".

Edith Foster

**Maturatreffen**

50 Jahre danach

Wien 1989, ISBN 3-85115-103-8, 152 Seiten, 6S 228,-/DM 33,-

Zum 25jährigen Maturatreffen war niemand aus Übersee gekommen. Jetzt, nach 50 Jahren, ist die alte Klasse wieder vereint: Anfangs versuchen sie, die "alten Generationen nicht wieder aufzurühren". Dann kommt es zum Eklat.

Aurelia Weikert / Johanna Riegler / Lisbeth N. Trallori (Hg.)

**Schöne neue Männerwelt**

Beiträge zu Gen- und Fortpflanzungstechnologien

2., aktualisierte Auflage

Wien 1989, ISBN 3-900351-70-8, 226 Seiten, 6S 188,-/DM 27,-

"Dieser feministisch orientierte Sammelband mit Referaten von Wissenschaftlerinnen setzt sich kritisch mit den politischen und gesellschaftlichen Folgen der Gen- und Fortpflanzungstechnologien auseinander... Als eindringliche Warnung vor einer Entwicklung mit unabsehbaren Folgen - vergleichbar mit denen der Atombombe - breitet empfohlen." (ekz - Informationsdienst)

Kulturjahrbuch 7

**Essen und Trinken**

Herausgeber:

Manfred Chobot, Hubert Christian Ehalt, Rolf Schwendter

Wien 1988, ISBN 9-900351-93-7, 223 Seiten, 6S 228,-/DM 33,-

Philosophische, anthropologische und kulturgeschichtliche Aspekte des Essens und Trinkens - ein Kulturjahrbuch über die Essenskultur.

# Osttimor: Reinfall für Kröll **XminusY**

(TATblatt-wien)

Als komplette Blamage erwies sich der schönfärberische Bericht des neuernannten Botschafters in Indonesien über die Lage im besetzten Osttimor. Kröll hatte den Posten unter schwierigen Bedingungen, wie er der indonesischen Zeitung »Vista« erzählte, erhalten und sofort eine Reise nach Osttimor angetreten um die Lage in »Hinblick auf den kommenden Papstbesuch in Osttimor« auszuleuchten. Beim Besuch des Papstes in Osttimor wurde das idyllische Bild Krölls ziemlich ramponiert. Indonesisches Militär prügelte während und nach der Messe auf TimorensInnen ein, die die Fahne der Befreiungsbewegung FRETILIN schwenkten und Transparente mit der Forderung nach Freiheit und Selbstbestimmung entrollten. Der Papst schaute demonstrativ weg und enthielt sich jeden Kommentars, obwohl Osttimor zu 80% katholisch ist.

Schon vor dem Papstbesuch bemühte sich das indonesische Militär durch Massenverhaftungen und Militärsperren jeden Zwischenfall auszuschließen. Die timoresische Bevölkerung »bezahlte« den Papstbesuch im nachhinein mit zahlreichen Verhaftungen, Verhören, Folterungen und einigen Erschießungen. Die FRETILIN gab jedoch in der Anwesenheit von vielen JournalistInnen in dem ansonsten abgesperrten Osttimor ein kräftiges Lebenszeichen.

## WEITERE SUPERPROJEKTE?

Als neuen »Coup« stellen sich Hochleitner und der österreichische Handelsdelegierte in Indonesien, Lachan, eine Beteiligung der VOEST an der Erweiterung des Stahlwerks Krakatau vor. Dieses Stahlwerk wurde in den 70er Jahren mit Mitteln aus der staatlichen Ölgesellschaft Pertamina errichtet und ist ein Monster in jeder Hinsicht. Zum einem überdimensioniert, ohne Umweltauflagen in Betrieb, zum anderen chronisch defizitär. Indonesien verfolgt einen Wirtschaftskurs der Importersetzung durch Eigenproduktion, weshalb ein Defizit in Kauf genommen wird. Allerdings übernimmt die indonesische Regierung keine Haftung bei solchen Projekten, weshalb wohl bei einer VOEST-Beteiligung der Kredit durch die Kontrollbank bzw. die Republik Österreich gedeckt werden müßte. Da die P.T.Krakatau Steel aber praktisch nicht liquid ist, muß auf jeden Fall die Kontrollbank an die VOEST blechen; ob die Kontrollbank einsteigt ist noch nicht bekannt geworden.

P.T.Krakatau Steel ist auch bezüglich Korruption eine Superlative. Bei der Errichtung kamen die bundesdeutsche Firmen SIEMENS und KLOCHNER zum Zug nicht ohne Schmiergeld bezahlt zu haben. Die Witwe des verstorbenen Geschäftsführers beanspruchte 35 Mio US\$ für sich und machte vor Gericht die

Aussage, daß eine Auftragserteilung ohne Schmiergeldzahlungen bei P.T.Krakatau Steel unmöglich ist. Aber in »Korruptsi« sind österreichische Firmen durchaus geübt.

Die politischen Verhältnisse sind in Österreich scheinbar nicht mehr die einer ungetrübten Sozialpartnerschaft. Verschiedene Abgeordnete und kirchliche Entwicklungshilfeorganisationen wollen nicht so recht einsehen, warum die Superdiktatur Indonesien mit Geld ohne Diskussionen versorgt werden soll, während um jeden Groschen für Nicaragua erst um »Menschenrechtsverletzungen - ja oder nein« debattiert wird.

Die ignorante Haltung der österreichischen Regierung zum Völkermord in Osttimor ist jedoch kein Werk der ÖVP. Immerhin leistet die FRETILIN seit der Invasion im Dez. 1974 in völliger Isolation vom Ausland Widerstand und die SP-Regierung hatte 1976 nichts besseres zu tun als sich in der UNO in Schweigen zu hüllen und 350 Steyr-Militär-I.K.Ws nach Indonesien zu exportieren.

## **XminusY**

Der größte Teil der österreichischen Solidaritätsgruppen ist auf staatliches Geld angewiesen, von Parteien abhängig, oder auf kirchlicher Ebene organisiert. Fast alle Projekte, die von Österreich aus in den Ländern der sog. »dritten Welt« finanziert werden laufen auf humanitärer Ebene. Solidarität mit den Befreiungsbewegungen verkommt zum bloßen Lippenbekenntnis.

**XminusY** versteht sich als unabhängige Organisation, die seit 20 Jahren politisch und finanziell, Organisationen in der sog. »3.Welt« und in Europa unterstützt, die für eine fundamentale Veränderung ihrer eigenen Gesellschaft kämpfen. Es handelt sich dabei um Bewegungen, die aufgrund ihrer politisch linken und radikalen Einstellung keine Unterstützung von staatlichen oder international etablierten Organisationen erfahren.

**XminusY** hat es zu seinem Ziel gemacht, weder von öffentlichen Subventionen des Staates noch von anderen Organisationen (z.B. kirchlichen) abhängig zu sein. Das jährliche Etat von ungefähr 700.000 Gulden (umgerechnet ca. 4,2 Mio.S) setzt sich ausschließlich aus Spenden tausender privater Personen in den Niederlanden zusammen.

Dieses Geld geht an Organisationen in der sog. 3.Welt, und an unabhängige Gruppen in Europa, die aktive politische Arbeit leisten. Ein möglichst geringer Teil wird für die Deckung der eigenen Kosten **XminusY**'s verwendet.

Wir vom TATblatt-Kollektiv wollen nun auch von Österreich aus mit **XminusY** zusammenarbeiten. Als ersten Schritt haben wir ein Konto eröffnet; alle Einzahlungen auf dieses Konto werden an **XminusY** geschickt, und für die jeweiligen Projekte verwendet.

**Kontonummer: P.S.K. 7624.173; Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt — Verwendungszweck: XminusY**

Im TATblatt wollen wir regelmäßig über von **XminusY** unterstützte Projekte berichten und den aktuelle Kontostand veröffentlichen.

## Propaganda für Suharto

Fortsetzung aus TATblatt minus 84

(TATblatt-wien)

Wie aus gewöhnlich gut informierten Quellen zu erfahren war ging die letzte Sitzung des Entwicklungshilfesausschusses nicht ohne gröbere Konfrontationen über die Bühne. Ziel des geäußerten Unmuts waren die ÖVP-Lopyyisten für stärkere Verbindungen mit den »Schwellenländern«, insbesondere der Langzeitdiktatur Indonesiens.

Wie bereits berichtet (Tb-minus-84) rühren die ÖVP-Rechtsaußen Khol, Sektionschef für Entwicklungshilfe Hochleitner und die Bundeswirtschaftskammer (BWK) die Werbetrommel für Diktaturen aller Art. Es geht um Großaufträge der Beton- und Kraftwerkslobby, die aus öffentlichen Geldquellen finanziert werden sollen.

Unter anderem ist ELIN besonders an Förderungen interessiert; trotz Kraftwerksbauten in aller Welt wankt die Firma notorisch am Rande des Bankrotts.

Das Kraftwerk Cirata-I zwang 60.000 Menschen zur Umsiedlung. Der nachfolgend gebaute Damm Kedung Ombo in Indonesien vertrieb etwa eine ähnliche Anzahl von Menschen, allerdings waren

hier ELIN und VOEST trotz Bemühungen nicht zum Zug gekommen wie bei Cirata-I. Wenn es nach dem Generalsekretär für Auswärtige Angelegenheiten, Thomas Klestil, und seinem Bruder und Chef von ELIN, Guido Klestil, geht, wird der Staat Österreich demnächst einen Kredit über 25 Jahre zu einem gestützten Zinssatz von 3,5% an Indonesien vergeben um Cirata-II zu errichten. Die Geschehnisse und Konflikte sind vorhersehbar. Bei der Flutung des Stauraums Kedung Ombo zu Beginn 1989 hatten sich 8.000 DorfbewohnerInnen geweigert ihr Gebiet zu verlassen; 1.000 von ihnen leben noch immer im Stausee, 8 sind bisher ertrunken. Die Vorgänge im Kedung Ombo sind Anlaß für eine breite Protestwelle gegen den Altdiktator Suharto.

ELIN wird in solchen Fällen öfters mit dem Tod der eingesetzten Arbeiter und Ingenieure rechnen müssen wie auf den Philippinen. Nach jahrelangen Vergeltungsdrohungen für die Vertreibung der Landbevölkerung wurden im November zwei Österreicher erschossen. Erst danach stellte ELIN die Bauarbeiten beim Kraftwerk Agus (vorläufig?) ein.

# Sympathie mit Terrorismus?

Aus dem im TATblatt Nr-79 erschienenen Artikeln über das Attentat auf A. Herrhausen entnehme ich eine gewisse Sympathie ihres Blattes für die terroristischen Aktionen der RAF.

Da ich der Meinung bin, daß durch derartige Gewaltaktionen keine bessere Gesellschaft entstehen kann, sehe ich mich gezwungen, mein TATblatt-Abonnement ab sofort zu kündigen.

Um die ansonsten interessanten und aufklärenden Artikel ist mir wirklich leid. Lassen Sie mir es wissen, wenn Ihr Blatt eine gewaltfreie Linie eingeschlagen hat.

## ANTWORT DES TATBLATT-KOLLEKTIVS:

Nicht ganz ohne Stolz halten wir oben abgedruckten LeserInnenbrief in unseren Händen. Es ist unsere erste inhaltlich begründete Abonnementabbestellung. Oder aber,...von "inhaltlich" kann ja eigentlich nicht die Rede sein, denn darunter würden wir eine politische Argumentation verstehen: Eben eine Begründung, warum es politisch schädlich sein könnte, Anschlagserklärung der RAF sowie Hintergründe der Aktion aus der Sicht VERSCHIEDENER der TATblatt-Redaktion nahestehender Personen abzudrucken. Eine solche Erklärung erspart sich unsere AbbestellerIn.

Allenfalls wäre der Abbestellung zu entnehmen, daß Zeitungen wie das TATblatt aufgrund ihrer politischen Linie nicht zum Entstehen einer besseren Welt beitragen können; Aber wieder weit gefehlt: Denn "um die ansonsten interessanten und aufklärenden Artikel" ist es der AbbestellerIn "wirklich leid".

Und hier beginnt es grotesk zu werden: Der/die AbbestellerIn wünscht sich eine Zeitung gefüllt mit Beiträgen, die mit seiner/ihrer persönlichen Meinung konvenieren, und sonst garnichts. Von Dingen, die nicht in das recht komode grün-weiß-Schema passen, will er/sie gar nichts wissen; und darüber diskutieren,.... Gott behüte!

Auf die Idee, daß die ihr/ihm so interessant und aufklärerisch erscheinenden Artikel und die "gewisse Sympathie (...) für terroristische Aktionen", die uns — fälschlicherweise — unterstellt (1) wird nur gemeinsamer Ausdruck eines politischen Verständnisses sein könnten, kommt der/die AbbestellerIn nicht.

Daher noch'mals zur Erinnerung:

Die Aufhebung der Diskussionslosigkeit innerhalb der Linken und die Weitergabe "unterdrückter Nachrichten" (alles über das Böse in der Welt) ist das Hauptziel des TATblatts.

An der Art und Weise, wie im TATblatt -79 der Anschlag auf Herrhausen behandelt wurde, gibt es viel zu kritisieren. Es reicht

eben nicht aus, sich mit der Darstellung der Politik der Deutschen Bank zu begnügen. Hier fehlte Kritik der Anschlagserklärung, die Darstellung der Diskussion über das Weltwirtschaftssystem innerhalb der Linken oder auch die Politik des Alfred Herrhausen in Österreich. Das ist uns bewusst und wird in Zukunft sicher Auswirkungen auf die Diskussionen innerhalb des TATblatts haben.

Die Diskussion über die Politik militanter Gruppen im allgemeinen und der RAF (aus gegebenem Anlaß) im speziellen halten wir aus folgenden Gründen für wichtig:

1. Die RAF ist, ob es den einzelnen paßt oder nicht, ein Teil der Linken (Ebenso wie Befreiungsbewegungen in den drei Kontinenten oder BürgerInneninitiativen und Aktionsgruppen hier)!

2. Die Aktionen der RAF sind ebenso Ausdruck eines gesellschaftlichen Klimas wie sie dieses auch zu verändern in der Lage sind!

3. Gerade die allerletzten Aktionen der RAF standen STETS in direktem Zusammenhang mit gesellschaftlichen Auseinandersetzungen, die HIER geführt werden: So stand der Anschlag auf den Siemensmanager Bekurts sowohl zeitlich als auch inhaltlich in Zusammenhang mit der Bewegung zur Verhinderung der WAA, der Anschlag auf den EPZ-Verantwortlichen Gerold von Braunmühl (2) mit der Neuformierung der EG (Die EPZ wurde in der "Einheitlichen Europäischen Akte" erstmals als Organisationsform der EG bezeichnet; Braunmühl organisierte die EPZ-Politik im arabischen Raum und unterstützte jene Kräfte, die den "Lagerkrieg" forcierten) und auch die bislang letzte Aktion gegen Herrhausen kann nur in Zusammenhang mit der seit über zwei Jahren geführten breiten Diskussion über das Weltwirtschaftssystem gesehen werden (anlässlich IWF/WB-Kongress in West-Berlin usw). Interessanterweise befreit das die Bildzeitung besser als viele Linke: Verantwortlich für den Anschlag auf Herrhausen sind ihrer Ansicht nach nämlich "all jene, die fortwährend die deutsche Bank als Synonym für Großkapital, für Ausbeutung, für Unterdrückung darstellen" ("BILD-Kommentar" vom 1.12.1989, Seite 2)

Bleibt noch die Frage offen, ob die Aktionen der RAF Teil einer zielführenden Strategie auf dem Wege zur Schaffung einer "besseren Gesellschaft" sind. Darüber kann Mensch verschiedener Meinung sein. Diese Frage klären werden wir aber erst in einer ebenso kritisch wie solidarisch geführten Diskussion, in der die Praxis ALLER linken und fortschrittlichen Gruppen zu einander in Beziehung gesetzt und überprüft wird.

Diese Diskussion zu verweigern hiesse, Politik auf die Kronenzeitung/Haider Ebene

zu verlagern (zu belassen?).

(1) Wir sympathisieren weder mit dem US-Angriff auf Libyen noch mit dem auf Panama! Wir verurteilen einhellig das Vorgehen der sowjetischen Truppen bei der Zerschlagung von Demonstrationen in Eriwan im April dieses Jahres. Terrorismus ist unserer Ansicht nach ein GEGEN DIE BEVÖLKERUNG oder GEGEN LEBENSWICHTIGE INFRASTRUKTURIELLE EINRICHTUNGEN ZUR VERSORGUNG DER BEVÖLKERUNG gerichtetes gewalttätiges Vorgehen.

(2) Die EPZ (Europäische Politische Zusammenarbeit) war bis zur EEA ein informelles Gremium der EG-Länder, in dem die Außenpolitik der Teilnehmerländer akordiert wurde. In der EPZ werden Handelsembargos ebenso beschlossen (oder nicht) wie etwa die politische Unterstützung der "gemäßigten arabischen Länder" (=Unterstützung der Gegner einer palästinensischen Selbstbestimmung). Österreich ist zwar offiziell nicht Teil der EPZ, wird aber in den meisten Fällen indirekt einbezogen (z.B. in der Frage der "Entwicklungshilfe" etc.)



## 30 Jahre E.T.A.

Dem 30jährigen Bestehen der bewaffneten baskischen Befreiungsorganisation E.T.A. widmet EUSKADI INFORMATION eine 36 seitige Sondernummer, die jetzt erhältlich ist:

Sie umfasst unter anderem Beiträge zur Entstehungsgeschichte der Organisation, zu ihren ideologischen Positionen, Meilensteine in ihrer Geschichte, wie das Attentat auf Carrero Blanco oder den Prozess von Burgos. Ferner Betrachtungen zur Problematik nationalistischer vs. revolutionärer Kampf, der Spaltung in milis und poli-milis sowie dem Einher von bewaffnetem-, Massen- und Ökologischen Kampf an zwei Beispielen.

Erhältlich für DM/SFR. 5.- im guten Zeitschriftenhandel oder direkt im Abo.

EUSKADI INFORMATION erscheint zweimonatlich als Zeitschrift der EUSKADI KOORDINATION im A4 Format zu einem Preis von DM/SFR. 3.- Sie ist zu erhalten im guten Zeitschriftenhandel oder direkt bei EUSKADI INFORMATION, Postfach 7323, CH-8023 Zürich, Tel. 1-463 33 77. EUSKADI INFORMATION kostet im Abonnement jährlich DM/SFR. 25.- Kostenloses Probeexemplar bestellen!

# Briefe, Meinungen, Reaktionen,...

## Betrifft: Mieten...

Liebe Freunde!

Die Mieter-Interessensgemeinschaft freut sich immer über Publizität, ganz besonders in einer Zeitung wie dem TATblatt. Gerade vom TATblatt wäre aber zu erwarten, daß nicht derartig schlampig recherchiert wird und die Ziele der MIG nicht derartig verkannt werden.

In Bezug auf die Vereinbarkeit "angemessener" Mietzinse haben wir vorgeschlagen, daß die "Angemessenheit", die laut Immobilienpreisspiegel 1989 bis zu S 120,-/m<sup>2</sup> (oder darüber) gehen kann, nach oben hin mit dem 2-3-fachen Mietzins der Kategorie A begrenzt werden soll. Dieser Vorschlag ist so zu verstehen, daß für die sogenannte Angemessenheit, für die die Voraussetzungen der Vereinbarkeit zunächst einmal vorliegen müssen,

eine absolute Obergrenze eingeführt werden soll. Weiters darf nicht übersehen werden, daß heute bereits für viele Wohnungen, für die Angemessenheit vereinbart werden darf, mehr als das 2-3-fache des Kategorie-A-Mietzinses zu bezahlen ist. Dieser Vorschlag erscheint uns deshalb zweckmäßig, da die Einführung der Mietzinsgrenze der Kategorie A für die bisher angemessen zu vereinbarenden Mietzinse politisch aussichtslos scheint und umge-

kehrt die Einführung der zwingenden Obergrenze eine schleichende Mietzinsentwicklung ohne Grenze nach oben verhindert.

Übersehen habt ihr jedoch unsere Forderung, daß alle Wohnungen einer Mietzinsobergrenze und Angemessenheitsprüfung unterliegen sollen. Wenn man daher unsere Forderung nach einer absoluten Obergrenze für angemessen zu vereinbarenden Mietzinse im ZUSammenhang damit betrachtet, daß für einen großen Teil aller Wohnungen nicht einmal mehr eine Angemessenheitsprüfung möglich ist, sondern die Mietzinse völlig frei vereinbart werden können, ist diese sicherlich nicht als unsozial zu bezeichnen. Wir haben daher die Streichung aller Stichtage angeregt, die bisher diverse Wohnungen entweder völlig oder zum Teil vom Mietrechtsgesetz ausgenommen haben. Wir schließen uns jedenfalls der vom TATblatt geäußerten Hoffnung an, daß es nicht erst der Republikaner bedarf, um erschwingliche Mietzinse zu erzielen. Die MIG wird auch für dieses Ziel weiter kämpfen.

mit freundlichen Grüßen

...

## Tod des Sozialismus

(h.e.)

Was birgen diese drei Wörter in sich. Hieß das nicht, daß die AU-beutung und Entmenschlichung wieder einen Sieg auf dem Rücken des Volkes gewonnen hat. Wäre dies gemeint, würden sicherlich die europäischen Medienorgane nicht in eine Euphorie hineinschlittern, die an die Zerschlagung des Faschismus erinnert. Doch die Zerschlagung des Faschismus hat nichts mit dem Tod des Sozialismus zu tun! Wobei bemerkt werden muß, daß die blinden und kleinbürgerlichen Reporter mancher Zeitungen den Tod des Sozialismus an sich, wirklich wie den Tod des Faschismus feiern würden!

Ist mit der politischen (bis jetzt) Veränderung der Ost-Staaten nicht die Zerschlagung der letzten europäischen Diktaturen gemeint. Wird der Begriff des Sozialismus nicht in die perverseste Form manipuliert, die uns Sozialisten und Marxisten zutiefst zuwider ist. Es scheint aber niemanden zu kümmern.

Es sollte uns bewußt werden, wie weit wir schon in einer Interessenslosigkeit leben, die durch die Konsumgesellschaft hervorgerufen und in ihr extremstes gesteigert wird.

Ist es nicht an der Zeit, wieder Solidarität zu beweisen und aufzustehen.

Nicht eine Gesellschaft zu erhalten, deren Tod mit ihrer Existenz begonnen hat. Steht die freie Marktwirtschaft, die wirtschaftliche Ausdrucksform dieser Gesellschaft ist, nicht stellvertretend für Ausbeutung, Zerstörung und Mißhandlung durch und in jeder Form?

Ist diese durch Wenige geforderte und von Mehreren gelebte Gesellschaft berechtigt, länger als einen Augenblick zu existieren?

Nicht länger dürften sie in der Lage sein, uns aufzuhalten, auf dem Weg zum wahren Sozialismus, der aber nur mit unserer Einigkeit (und über die Ziele sind wir uns einig [Aso? Anm d Tippers]) funktioniert. Die Einigkeit aber durch die Solidarität bedingt, die uns scheinbar verloren ging. Diese Solidarität wiederfinden, wird der erste Baustein für unser gemeinsames Bauwerk, dessen Errichtung wir befähigt sind!

### TATblatt-FEST

*gegen das Böse auf der Welt*

am 1. Feber 1990

ab 19 Uhr

in der KULT-FARBBIK

(Wien 14, Matznergasse 8)

mit:

\* StGB 246

\* Prozeß

und Ausstellung über Widerstand international (anläßlich des Opernballs)

Eintritt: S 50,—

# Betrifft: TATblatt

Nunja, dies ist also nicht nur das erste TATblatt nach der Jahreswechselfpause, es ist auch das erste TATblatt der Neunziger Jahre (obgleich das Jahrzehnt ja eigentlich erst mit Ende 1990 zu Ende geht, und nicht mit Ende 1989, weil man/frau ja schließlich mit dem Jahre 1 zu zählen begonnen hat, und nicht mit Null, aber darüber liebe sich ja mit fast jeder streiten heutzutage, wenn es nicht so vollkommen wurscht wäre). Wie auch bei den letzten Ausgaben schon, hat sich freilich auch diesmal die weltpolitische Lage ziemlich verändert, seit das letzte TATblatt herausgekommen ist. Wie auch bei den letzten TATblättern haben diese Ereignisse im TATblatt keinerlei Spuren hinterlassen. Dafür gibt's aber einige Sachen zum Lesen, die anderswo sonst eher verschwiegen werden. Und solcherart »unterdrückte Nachrichten« zu verbreiten, das ist ja eigentlich einer der Gründe warum es das TATblatt gibt.

Ein anderere wichtige Aufgabe des TATblatts ist es unserer Ansicht nach, Raum zum Austragen von anstehenden Diskussionen zu bieten, und das wollen und tun wir jetzt insbesondere beim Opernball. Daher gibt's jetzt in jedem TATblatt bis zum Opernball das TATblatt-Extra. Dadurch wird die ganze Zeitung auch ein bißchen dicker, was aus budgetärer Sicht natürlich überaus töricht ist, weil wir ohnehin ständig an der Grenze zum Ruin wirtschaften.

Um die ganze Zeitung besser finanzieren zu können (weil real überlebt das ganze Projekt ja schließlich nur, weil immer wieder Leute von uns ihr Geld reinstecken – das Gegenteil von Lohnarbeit, sozusagen), versuchen wir aber derzeit die Auflage probeweise anzuheben, und den Verkauf (endlich) zu intensivieren.

Allen LeserInnen, die bislang das TAT-

blatt nur sporadisch gelesen haben, oder die vielleicht jetzt gerade das erste TATblatt ihres Lebens lesen, wollen wir ans Herz legen, doch ein Abonnement zu erwägen. Gerade für Zeitungen unserer Größenordnung sind Abos bekanntlich überaus lebenswichtig. Ein Abo bestellst du einfach durch Einzahlung des beiliegenden Erlagscheins (S 96, –) für zehn Ausgaben; siehe letzte Seite). Falls der Erlagschein fehlt: einfach irgendeinen nehmen, Empfängerin: Unabhängige Initiative Informationsvielfalt, Konto PSK 7547212, Verwendungszweck: TATblatt-Abo ausfüllen.

Ganz besonders nett wäre es, mehr als den notwendigen Preis zu zahlen, also ein Förder-Abo zu nehmen.

Außerdem haben wir uns überlegt, daß, wenn alle unsere AbonnentInnen, eineN BekannteN dazu bringen würden, auch ein TATblatt-Abo zu bestellen, hätten wir doppelt so viele AbonnentInnen.... Das ist, finden wir, absolut kein blöder Werbeschmäh, weil schließlich ist das TATblatt nicht irgendein Produkt, sondern ein politisches Projekt, das von Anfang an so konzipiert war, daß sich möglichst viele auf allen Ebenen beteiligen. Also Schluß mit dem Konsum-Verhalten, sondern aktiv werden. Weil, ob es das TATblatt weiter gibt, und wenn ja, so wie jetzt, oder öfter, besser, schlechter oder seltener; das ist nicht allein unsere Sache.

Zum Geld-Auftreiben (wenn wir ehrlich sind), aus Anlaß des 25. TATblattes (welches das nächste nämlich ist) und überhaupt gibt es am 1. Feber (oder Februar, darüber können wir uns nicht so richtig einigen) ein großes TATblatt-Fest. Ältere TATblatt-LeserInnen glauben uns natürlich kein Wort, weil wir schon so oft Feste angekündigt haben, es aber nur ein einziges Mal wirklich geschafft haben. Diesmal aber besteht überhaupt kein

Zweifel mehr: Das Fest findet statt. Am 1. Feber/Februar. Um 19 Uhr in der KULT-FARBIK in Wien 14, Matznergasse 8. Es spielen StGB 246 und Prozeß. Und außerdem wird die Ausstellung zum Opernball, über Widerstandsformen international, die während dieser Zeit durch ganz Österreich touren wird, präsentiert. Der Eintritt kostet S 50, – (und keinen Groschen weniger, schließlich brauchen wir das Geld).

Allen Leuten, die schon immer mal mit uns telefonieren wollten, sei hiermit mitgeteilt, das wir seit 22. Dezember ein Telefon haben. Die Nummer (die wir aber schon länger haben) lautet (0222) 57 49 543.

Zur Produktion dieser Nummer sei noch gesagt, daß in diesen Augenblicken, während ich hier das »Betrifft« tippe, unsere Drucker verzweifelt versuchen, die Druckmaschine in Gang zu bringen. Der Ausgang ihrer Bemühungen ist noch gänzlich ungewiß. Falls du dein TATblatt ausnahmsweise später als sonst bekommen hast, liegt's hauptsächlich daran (Nebensächlich am Opernball-Chaos, das die Verlegung des LehAut-Termins zur Folge hatte, weshalb wieder nichts zusammengepaßt hat. Weiters liegt's daran, daß wieder fast nichts Korrektur gelesen worden ist, geschweige denn schon vor LehAut ausgebessert wurde, daß prinzipiell alle außer mir alles viel zu spät bringen, und somit alles dann gemacht wird, wenn eigentlich schon was ganz was anderes gemacht werden sollte. Und überhaupt geht schon wieder die Sonne auf, was ja an und für sich nicht so schlecht ist, aber warum muß dieses LehAut immer so lang dauern?).

**Bis zum nächsten TATblatt wünschen wir wie immer ganz viel Liebe, Kraft und Sonnenschein.**

*Einer vom TATblatt-Kollektiv*

## Termine:

### Graz:

#### Donnerstag, 18. Jänner:

20.00 Uhr; Uni Graz, HS A, Universitätsplatz 6  
"Kraftwerksprojekt Fischen und die Energiepolitik in Österreich"  
Podiumsdiskussion, siehe auch S. 3

### Wien:

#### Mittwoch, 17. Jänner:

18.00 Uhr; CIU, 1, Schottengasse 1  
"Wege aus der Lateinamerikanischen Krise"  
18.30 Uhr; Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8  
"Brauchen wir eine Gesundheitswissenschaft?"

20.00 Uhr; Frauenberatung, 6, Lehargasse 9/2/16  
"Frieda Kahlo – Es lebe das Leben"; Film

#### Donnerstag, 18. Jänner:

18.30 Uhr; iwK  
Probleme des Materialismus – Jean Paul Sartre und die Literatur

19-20.30 Uhr; TU-Wien, 4, Gußhausstraße 27-  
Frauenabenduniversität: Logik der Gewalt (Schlaffer/Benard)

19.30 Uhr, BACH, 16, Bachgasse 21  
Müllverbrennung, Müllvermeidung oder Sortierung: ExpertInnen, Initiativen, PolitikerInnen

### Freitag, 19. Jänner:

17.30 Uhr; HKD, 12, Ruckergasse 40  
AusländerInnenwahlrecht

18.30 Uhr; iwK  
Die Frau in der Sowjetunion – Die Bedeutung von Glasnost und Perestrojka für die sowjetische Frau

#### Montag, 22. Jänner:

18.30 Uhr; iwK  
New Age, Sinnverkäufer haben Hochsaison – New Age und Esoterik – Ersatzreligion oder Protestbewegung?

19.00 Uhr; Amerlinghaus  
Auf gute Nachbarschaft! Diskussion mit Gästen aus Ungarn, Polen, CSSR und DDR

#### Mittwoch, 24. Jänner:

18.30 Uhr; iwK  
Feministische Theorie und Frauenforschung – Die Diskussion um eine feministische Moraltheorie

18.30 Uhr; iwK  
Wissenschaft und Gesellschaft in der Dritten Welt - Ideologieentwicklung im Mexico des 19. Jahrhunderts. Konservatismus versus Liberalismus

19-20.30 Uhr; TU-Wien  
Frauenabenduniversität: Heldenmutter gegen Domina - über die kulturelle Bedeutung des

### Frau/Mann-Unterschieds

19.30 Uhr; BACH  
Information: Mietrechtsgesetznovelle '90

#### Freitag, 26. Jänner:

18.30 Uhr; iwK  
Wie wirken die Medien? - Zur aktuellen Entwicklung der österreichischen Mediensituation

19.00 Uhr; NIG, HS 1,  
Diskriminierung von Asylwerbenden aus der 3. Welt  
Veranstalter: Antimperialistischer Solidaritätsclub

#### Mittwoch, 31. Jänner:

19.00 Uhr; Frauencafé, 8, Lange Gasse 11  
"Sag nie, du gehst den letzten Weg" - Lesung aus Ingrid Stobls Buch über Frauen im bewaffneten Widerstand gegen den Faschismus

#### Donnerstag, 1. Februar:

19.00 Uhr; KULT-FARBIK, 14, Matznerg. 8  
TATblatt-Fest!!  
mit Musik und Ausstellung und Essen und Trinken und und und

### Steyr:

Freitag, 2. Februar / Samstag 3. Februar  
Seminar "Aktive Gewaltfreiheit"  
Anmelden bis 29. Jänner bei der Friedenswerkstatt, 4400 Steyr, Puchstraße 17/1

# Das TATblatt

Das TATblatt ist eine selbstverwaltete Zeitung zur Verbreitung unterdrückter Nachrichten. Es versteht sich als weitgehend »offene Zeitung«. Bitte: Schickt uns Artikel, Kommentare, LeserInnenbriefe, Infos, Termine, usw. Die Entscheidung, welche Artikel in die Zeitung kommen, wird in den TATblatt-Plena getroffen. Die Plena sind allen Interessierten zugänglich und finden jeden Donnerstag um 19 Uhr im Wiener TATblatt-Büro statt.

Aus der Vielfalt der AutorInnen der Artikel, und dadurch, daß viele Artikel uns nur zugesandt werden, die AutorInnen aber oft nicht zu Plena kommen, um die Artikel zu diskutieren, ergibt sich, daß nicht alle Artikel vollinhaltlich der Meinung des »Kollektivs« entsprechen können. Aufschluß über die VerfasserInnen der Artikel und etwaige Änderungen durch das Kollektiv, geben die Quellenangaben. Das Kollektiv behält sich vor, Artikel, in Hinblick auf geschlechtsneutrale Schreibweise gegebenenfalls zu korrigieren, ohne extra darauf hinzuweisen.

Aus Sicherheitsgründen — um Behörden keinerlei Rückschlüsse darauf zu ermöglichen, welche Artikel von welcher Person geschrieben wurden, bzw welche MitarbeiterInnen eher unbedenkliche, welche hingegen eher brisante Themen bearbeiten — werden alle Artikel grundsätzlich nicht namentlich gekennzeichnet. Bei eingesandten Artikel erfolgt eine volle Namensnennung nur dann, wenn dies ausdrücklich gewünscht wird.

Obwohl einst als »Zweitageszeitung« kopiert, erscheint das TATblatt derzeit alle 14 Tage. Wir wollen uns aber stetig in Richtung unseres Zieles — eine möglichst oft erscheinende, offene, selbständige Zeitung für alle politisch Bewegten und Interessierten — weiterentwickeln. Da wir das TATblatt als ein, in einer Entwicklungsphase stehendes Projekt erachten, nennen wir die derzeit erscheinenden Ausgaben »Minus-Nummern«, quasi als Vorstufe zur Nullnummer. Solidarische Einmischung in die Entwicklung, und die Beteiligung daran, ist ausdrücklich gewünscht.

## TATblatt-Gruppen gibt es derzeit in Wien, Graz und Linz:

### TATblatt-Wien:

1060 Wien, Gumpendorferstraße 157/11  
Telefon: (0222) 57 49 543

### TATblatt-Plenum:

jeden Donnerstag um 19 Uhr

### TATblatt-Café:

jeden Montag um 16 Uhr

die ideale Möglichkeit, in ungezwungenem Gespräch das TATblatt »von innen« kennenzulernen (alle zwei Wochen verknüpft mit dem Zusammenlegen und Versenden des neuen TATblatts)

### TATblatt-Graz:

8010, Kastelfeldg 34/16

Treffen jeden ersten Donnerstag nach Erscheinen, 19 Uhr (nächstes Treffen: 1.2.)  
Infos: Telefon (0316) 83 57 79

### TATblatt-Linz:

Treffen: jeden 1. Mittwoch im Monat um 17 Uhr im Andreas Hofer Stüberl; Andreas Hoferplatz 3; 4020 Linz

# An:

P.b.b. Verlagspostamt 1060 Erscheinungsort Wien

## IMPRESSUM: Medieninhaberin, Herausgeberin, Herstellerin und Verlegerin:

**UNABHÄNGIGE INITIATIVE INFORMATIONSVIelfALT**, 1060 Wien; Gumpendorferstr 157/11;

**Telefon:** (0222) 57 49 543; **Bankverbindung/Konto:** P.S.K 7547 212; **DVR Nr:** 0558371;

**Druck:** Eigendruck

Offenlegung gemäß Mediengesetz: Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist zu 100% Eigentümerin des TATblatts. Vorstand: Obmann: Gerhard Kettler, Obmann-Stv: Lukas Berger, Schriftführerin: Bettina Bosin, Schriftf.-Stv: Barbara Zimmermann, Kassier: Manfred Eigner, Kassier-Stv: Claudia Dicktmüller.  
Grundlegende Richtung: Alles über das Böse auf der Welt.

**Achtung AbonnentInnen: Die letzte Ausgabe des TATblatts, die du um dein Abo zugesandt bekommst, ist unterhalb deines Namens in doppelter Klammer vermerkt. Bei etwaigen Unklarheiten oder Fehlern bitte bei uns anrufen, oder uns schreiben!**

## Das TATblatt im Abo:

**Preise: Abo** für 10 Ausgaben: S 96. —; **Abo** für 20 Ausgaben: S 190. — (innerhalb Österreichs) Bei **Förderabos** kannst du selbst bestimmen, wieviel du zahlen möchtest (mindestens natürlich S 96. — bzw S 190. —)

Ein »**Auslandsabo**« kostet S 150. — für zehn Ausgaben.

Ein TATblatt-Abo bestellst du, indem du den jeweiligen Geldbetrag auf unser Konto (P.S.K. 7547 212; lautend auf Unabhängige Initiative Informationsvielfalt) einzahlst. Das Abo beginnt mit dem Zeitpunkt, zu welchem das Geld bei uns angelangt ist, zu laufen und endet automatisch nach Auslieferung von 10 bzw 20 Ausgaben, wenn es nicht rechtzeitig durch die Neu-Einzahlung verlängert wird.

## Mitgliedschaft in der U.I.I.

Die Unabhängige Initiative Informationsvielfalt ist Herausgeberin des TATblatts. Die Statuten schicken wir dir auf Wunsch gerne zu. Die Mitgliedsgebühr beträgt S 1. — pro Tag. Das sind im Monat so zirka 30. — Diese dreißig Schilling nach Belieben verdoppeln, verdreifachen, vervierfachen, vervielfachen, und regelmäßig auf unser Konto überweisen (beispielsweise mittels Dauerauftrag). Mitglieder erhalten das TATblatt selbstverständlich ebenfalls regelmäßig zugeschickt. Wenn du an einer Mitgliedschaft interessiert bist, schicke uns einfach eine Postkarte!

## Einzelverkaufsstellen

### Wien:

#### Buchhandlungen:

- Südwind (1, Kleeblattgasse 4)
- Brigitte Hermann (1, Grünangerg. 1)
- Winter (1, Landesgerichtsstraße 20)
- Kolisch (1, Rathausstraße 18)
- Rive Gauche (Wien 2, Taborstraße 11b)
- Sprachlos (3, Radetzkystraße 6)
- VKA (6, Stiegengasse 20)
- Buchwelt (9, Schwarzspanierstr 15)
- Litera Tours (9, Kolingasse 6)
- Schiebl (10, Laxenburgerstraße 48).

#### diverse Läden:

- Naturmarkt St Josef (7, Zollerg 26)
- EZA (8, Lerchenfelder Straße 18-24)
- Makrokosmos (8, Strozzigasse 38)
- Natürlich Naturkost (9, Marktgasse 21)
- Naturkostladen Kutschkermarkt (18, Kutschkergasse 29)

#### Beisl:

- TU-Club (4, Panigasse 1)
- Rotstilzchen (5, Margaretenstraße 99)
- Rosa-Lila-Tip (6, Linke Wienzeile 102)
- KuKu (6, Linke Wienzeile 98)

- KOMM24 (14, Baumgartner Höhe 1; Pavillon 24; täglich 14 bis 17 Uhr)
- Club International (16, Payerg 14)
- B.A.C.H. (16, Bachgasse 21)

#### außerdem:

- ARGE f Wehrdienstverweigerung und Gewaltfreiheit (1, Schotteng 3a/1/4/59)
- Infoladen (5, Margareten Gürtel 122-124/1/Keller; Di&Do 17-21, Mi 15-19 Uhr)
- MieterInnen-Interessensgemeinschaft (10, Antonplatz 22; Mo%Mi 15-18.30)

### Graz:

- Dradiwaberl-Antiqu. (Zinzendorferg)
- Bücherstube (Prokopigasse 16)
- Techn.Fachbh. Spectrum (Schörgelg 9)

### Linz:

- Alternativladen (Zollamtsstraße 20)
- Bad-Café (Badgasse 7)

### anderswo:

- **Schwertberg:** Kulturverein Kanal (Schwertberg, Joseftal 21)
- **Waidhofen an der Thaya:** Buchhandlung Buscher (Bahnhofstr 28)

Das nächste TATblatt erscheint am 30. Jänner 1990  
Redaktionsschluß für diese Nummer ist am 23. Jänner.